



Commune de BERTRANGE

BU ETIN

03/26

EVENING WALK & RUN |



01.07.2026

@ Duerfgaart

Début: 19.30 heures

Participation gratuite – sur inscription (QR-Code)

CONCERT DES ENSEIGNANTS

DE PERCUSSION | 04.07.2026

@ ArcA

Début: 18.30 heures

Entrée gratuite

KONFERENZ – ASIATISCHE HORNISSEN – ERKENNEN, MELDEN, HANDELN | 08.07.2026

@ Centre Atert

De 18.00 à 20.00 heures

Inscription avant le 06.07.2026 – veronique.linden@bertrange.lu

AGENDA

BABBELTREFF | 09.07.2026

@ Maison Schauwenburg

Début: 19.00 heures

Veillez confirmer votre présence: babbeltreff@bertrange.lu

Délai d'inscription: le mercredi précédant le Babbeltreff

MOA – MIXED-OPEN-AIR |

11.-12.07.2026

@ Parc Central

Organisation: Volley Bartreng

Plus d'informations: <https://moa.volleyball.lu/>

BICHERBUS | 15.07.2026

Bibliothèque sur roues

@ rue Atert, 10.30 – 11.20 Auer



DER GEMEINDERAT

DP



Youri De Smet (*Bürgermeister*)



Marc Lang (*Schöffe*)



Frank Colabianchi (*Gemeinderat*)



Monique Smit-Thijs (*Gemeinderat*)



Francine Moro Oliveira Costa
(*Gemeinderat*)



Nadine Philippe (*Gemeinderat*)



Mariette Gallmeister (*Gemeinderat*)

Déi Gréng



Roger Miller (*Schöffe*)



Stefan Glober (*Gemeinderat*)

CSV



Nadine Schares (*Gemeinderat*)



Guy Weirich (*Gemeinderat*)



Marc Rauchs (*Gemeinderat*)

LSAP



Yolande Schuster (*Gemeinderat*)



BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 27. FEBRUAR 2026 UM 08.30 UHR

Anwesend:

DP

Youri DE SMET (Bürgermeister)
Marc LANG (Schöffe)
Monique SMIT-THIJS (Rätin)
Frank COLABIANCHI (Rat)
Francine MORO (Rätin)
Nadine PHILIPPE (Rätin)
Marianne GALLMEISTER (Rätin)

Georges FRANCK (Gemeindesekretär)

déi gréng

Roger MILLER (Schöffe)
Stefan GLOBER (Rat)

CSV

Nadine SCHARES (Rätin)
Guy WEIRICH (Rat)
Marc RAUCHS (Rat)

Entschuldigt: /

LSAP

Yolande SCHUSTER (Rätin)

Tagesordnung

In öffentlicher Sitzung:

01. | Genehmigung der Tagesordnung

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

02. | Personalwesen

A. Personalwesen: Einstellung von Gemeindeangestellten

In öffentlicher Sitzung:

03. | Informationen und Korrespondenz

04. | Verordnungen

A. Kommunale Verordnung über die Bereitstellung von Wohnraum für Jugendliche: Genehmigung

B. Tarifordnung betreffend den Preis einer Mahlzeit in der Schulkantine für das Gemeindepersonal: Genehmigung

05. | Konventionen, Verträge und notarielle Akte

A. Mietvertrag 8, rue de la Fontaine: Genehmigung

B. Mietvertrag für eine erschwingliche Wohnung, 8, rue de la Fontaine: Genehmigung

C. Mietvertrag 12, route de Longwy: Genehmigung

D. Durchführungsvereinbarung zum besonderen Bebauungsprojekt „Brill“: Genehmigung

E. Vereinbarung „Meng Gemeng leeft Sport“: Genehmigung

F. Vereinbarung über die Umgestaltung und Erweiterung des P&R-Parkplatzes am Bahnhof Bertrange-Strassen: Genehmigung
G. Notarielle Urkunden: Genehmigung

06. | Projekte

A. Kostenvoranschlag betreffend den Umbau des Mehrzwecksaals im Centre Atert: Genehmigung

B. Kostenvoranschlag betreffend die Neugestaltung der Rue Rilspert: Genehmigung

07. | Finanzen

A. Abrechnungen für außerordentliche Arbeiten: Genehmigung

08. | Stadtplanung

A. Teilbebauungsplan „Rue de la Pétrusse“: Genehmigung

B. Punktuelle Änderung des PAG „Site CDV, Route de Longwy“: Einleitung des Verfahrens

09. | Natur

A. Vorstellung der Jahresbilanz des Klimapakts

10. | Beratende Kommissionen

A. Beratende Kommission 50+: Ersetzen eines Mitglieds

11. | Verkehr

A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung



In öffentlicher Sitzung:

01. Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeister De Smet fragt, ob die Gemeinderäte die Tagesordnung genehmigen.

Der Gemeinderat genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

02. Personalwesen

A. Gemeindepersonal: Einstellung von Gemeindeangestellten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

In öffentlicher Sitzung:

03. Informationen und Korrespondenz

Bürgermeister De Smet gibt an, dass in geschlossener Sitzung Jil Hamm auf den freien Posten für den kulturellen Dienst gewählt wurde. Sie tritt ihren Dienst am 1. April 2026 an.

Bürgermeister De Smet erläutert weiterhin, dass man die Statistiken des FLEX-Carsharingsystems von 2025 erhalten habe. Zusätzlich habe man die Statistiken von 2024 beigelegt um einen Vergleich zu ermöglichen. Man könne durchaus sagen, dass es sich um einen Dienst handele, der von den Bürgern sehr gut angenommen und vor allem auch genutzt werde. Bei Bedarf werde man diesen auch weiter ausbauen, um den Bürgern zu ermöglichen, nicht unbedingt ein eigenes Auto kaufen zu müssen, sondern auf das Car-sharing-System zurückzugreifen, das letztendlich günstiger sei, als ein eigenes Auto zu besitzen.

Bezüglich der SWIO-Ladestationen gibt Bürgermeister De Smet an, dass auch hier die Statistiken zu den Elektroladesäulen auf dem Gebiet der Gemeinde vorliegen. Insgesamt gebe es 11 verschiedene Stationen mit jeweils 2 Ladepunkten, von denen 7 auf 4 Ladepunkte ausgebaut werden können. Es sei hervorgehoben worden, dass die meisten dieser Stationen von den Bürgern gut angenommen wurden. Grundsätzlich habe man festgestellt, dass die Nutzung dieser Ladesäulen zunehme, insbesondere bei Wohnanlagen. Zudem wurde erklärt, dass weitere Anfragen von Bürgern analysiert und gegebenenfalls auch umgesetzt werden sollen.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei Youth&Work um einen Dienst handele, der jungen Menschen seit einigen Jahren angeboten werde, die sich in prekären Lebenssituationen befinden und Schwierigkeiten haben, eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle zu finden. Weiter führt er aus, dass

dieses Angebot freiwillig und kostenlos sei und darauf abziele, den Jugendlichen eine Betreuung zu bieten, in deren Rahmen sie gecoachert werden, um wieder aus ihrer Situation herauszufinden. In der Gemeinde Bartringen haben im Jahr 2025 insgesamt 12 Jugendliche von diesem Angebot profitiert, was eine deutliche Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren darstelle. Es sei angegeben worden, dass 4 von ihnen entweder eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz gefunden haben und somit ihre prekäre Situation verlassen konnten. 6 seien weiterhin auf der Suche und arbeiten an ihrer Situation, während bei 2 noch eine Analyse der Lage durchgeführt werde. Zudem sei erwähnt worden, dass die Kontaktaufnahmen sehr unterschiedlich zustande kämen, unter anderem über das Sozialamt, die Presse, Job-Events oder auch durch ehemalige Teilnehmer. Es sei hervorgehoben worden, dass die meisten von ihnen einen Abschluss des Sekundarunterrichts hatten und etwa die Hälfte nicht bei der ADEM gemeldet war. Er wolle abschließend betonen, dass es sich um einen Dienst handele, den die Gemeinde auch weiterhin unterstützen werde, um den Jugendlichen zu helfen, die diese Unterstützung am dringendsten benötigen.

Bürgermeister De Smet fährt fort, dass die Gemeinde am Projektauftrag des Wirtschafts- und Umweltministeriums teilgenommen habe und eines von zwei Projekten ausgewählt worden sei. Weiter erläutert er, dass dieses Projekt in die Kategorie Mobilität falle und darauf abziele, mithilfe von Künstlicher Intelligenz ein Instrument zu entwickeln, um im Shared Space sowie auf den Parkplätzen im Dorfzentrum kontinuierlich Daten zu erfassen und den Verkehrsfluss besser analysieren zu können. Dabei würden neben Autos auch Fahrräder, Fußgänger und weitere Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Er betont, dass man damit über eine einfache punktuelle Zählung von Fahrzeugen hinausgehe, da sämtliche Verkehrsteilnehmer erfasst würden, was es ermögliche, konkrete Aussagen zu treffen und entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Er erklärt, dass dieses Instrument auch dazu dienen solle, die Auslastung der Parkplätze genauer zu analysieren, das Parkverhalten besser zu verstehen und darauf aufbauend konkrete Maßnahmen, wie beispielsweise ein Parkleitsystem, umzusetzen. Durch sogenannte Heatmaps werde es außerdem möglich sein, nachzuvollziehen, welche Bereiche des Shared Space besonders stark frequentiert würden und welche weniger. Er will hervorheben, dass dieser innovative Pilotversuch die Vorreiterrolle unterstreiche, die die Gemeinde weiterhin einnehmen wolle.

Die Einwohnerzahl beläuft sich auf den Tag auf 9.555 Personen.

Der Kassenstand beträgt 15,7 Millionen Euro.

04. Verordnungen

A. Kommunale Verordnung über die Bereitstellung von Wohnraum für Jugendliche: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es heute zwei Punkte auf der Tagesordnung gebe, die das Wohnen für junge Menschen betreffen. Zunächst werde mit der Verordnung begonnen, die den Rahmen und die Bedingungen festlege. Er betont, dass es sich um ein Thema handele, das allen Gemeinderäten sehr wichtig sei, und dass der Schöffenrat aktiv nach Möglichkeiten suche, um den jungen Menschen aus der Gemeinde die Chance und Perspektive zu geben, weiterhin in ihrer Gemeinde wohnen zu können und dort ihre Zukunft aufzubauen. Er erklärt, dass sich das Angebot an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren richte, die sich in der Sekundarschule, in einer Ausbildung oder an der Universität befinden beziehungsweise die bereits arbeiten. Ein wichtiger Punkt sei, dass junge Einwohner aus Bartringen Priorität hätten. Die Anmeldung erfolge über ein Formular auf der Internetseite sowie über den Wohnraumdienst. Wenn ein Zimmer frei werde, könnten sich die Nächsten bewerben, sofern keine Warteliste bestehe. Es werde eine



Kaution verlangt, die einer Monatsmiete entspreche. Die Höhe der Miete werde ausschließlich auf Grundlage der Zimmergröße berechnet, wobei ein Betrag von 30 Euro pro Quadratmeter angesetzt sei. Er hebt hervor, dass in diesem Preis alles inbegriffen sei, sprich Strom, Wasser, Internet und Heizung, so dass keine weiteren Nebenkosten anfielen und man daher klar von bezahlbarem Wohnraum sprechen könne. In einem Zimmer finde man ein Bett, eine Matratze, einen Schreibtisch, einen Schrank und einen Bürostuhl.

Bürgermeister De Smet führt aus, dass die Verordnung auch greife, wenn nicht bezahlt werde. Sollte dies vorkommen, werde zunächst gemeinsam mit der betroffenen Person nach Lösungen gesucht, bevor Maßnahmen ergriffen würden. Eine junge Person könne so lange im Zimmer beziehungsweise in der Wohnung bleiben, wie sie die Bedingungen erfülle. Die Gemeinschaftsbereiche müssten von den Bewohnern selbst gereinigt und instandgehalten werden, eine Hausordnung werde zudem das gute Zusammenleben regeln. Abschließend erklärt er, dass diese Verordnung auch die zukünftigen Projekte für junge Menschen regeln werde und dass man die Aufgabe übernehme, aktiv nach Lösungen für die Herausforderungen der heutigen Jugend zu suchen.

Rätin Schares stimmt Bürgermeister De Smet zu, dass dies eine wichtige Maßnahme sei, um jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, in der Gemeinde wohnhaft zu bleiben. Es sei klar angegeben, dass es sich um eine Wohnmöglichkeit für junge Menschen handle. Dies nicht nur, wie sie anfangs angenommen habe, für Schüler und Studenten, sondern auch für junge Berufstätige. Sie begrüßt auch, dass man sich nicht immer wieder neu einschreiben müsse, sondern auf der Warteliste eingetragen bleibe. Die 30 Euro anfallende Miete pro Quadratmeter beziehe sich also rein auf das angemietete Zimmer, die Gemeinschaftsräume werden also nicht berechnet. Da eine der Konditionen das Alter sei, frage sie sich, ob man mit 30 Jahren vor die Tür gesetzt werde.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man dieses Kriterium nicht so strikt anwende, sprich man werde die betreffende Person nicht am Tag darauf vor die Tür setzen. Es werde eine Übergangszeit geben.

Rätin Schuster merkt an, dass sie einen Verbesserungsvorschlag betreffend Artikel 7.1 machen wolle. Man verwende sowohl den Begriff „indemnité d'occupation“ als auch „loyer“, könne man hier denselben Wortlaut „indemnité d'occupation“ nehmen. Außerdem hat sie eine Frage betreffend Artikel 8. Sollte der junge Mieter eine andere Unterkunft finden, die er mieten oder gar kaufen könne, wie schnell könne dieser aus dem geschlossenen Vertrag entlassen werden, da nichts im Vertrag vermerkt sei? Sie betont, dass auch sie diese Initiative begrüße, da es für junge Menschen aktuell alles andere als leicht sei, erschwinglichen Wohnraum zu finden.

Bürgermeister De Smet merkt an, dass auch wenn dies nicht explizit in Artikel 8 verankert sei, man auch hier keine Steine in den Weg legen werde und mit gesundem Menschenverstand an die Sache herangehen werde. Wenn alle Gemeinderäte einverstanden seien, werde man noch einen Zusatz mit einer einmonatigen Kündigungsfrist einsetzen. Man finde sicherlich Zimmer, die zur Miete stünden, jedoch nicht zu dem Preis wie man ihn nun festlege.

Rat Rauchs gibt zu bedenken, dass man sicherlich viele Anträge erhalten werde. Man wolle den jungen Bartringer Priorität geben, andererseits aber auch die Warteliste abarbeiten. Wie sei dies in der Praxis umsetzbar. Werde man Bartringer trotzdem vorziehen, auch wenn andere Anträge höher auf der Warteliste stünden.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass man sich ebendiese Frage gestellt habe. Man werde die eingehenden Kandidaturen analysieren. Da man in der Verordnung angegeben habe, den Bartringern den Vorzug zu geben, werde man dies auch tun, auch wenn jemand von außerhalb höher auf der Warteliste vor diesem auf der Liste steht.

Rat Weirich möchte diesen Punkt in einen größeren Kontext setzen. Seit längerem habe die Gemeinde damit zu kämpfen, dass junge Menschen Bartringen aufgrund der hohen Wohnpreise verlassen, die für sie unbezahlbar seien. Insofern trage dieses Projekt dazu bei, dass junge Menschen aus Bartringen länger hier wohnen können und, gegebenenfalls, ihr Engagement in den Vereinen weiterführen könnten. Ausgehend von einem Artikel der Tagespresse „Die Gemeinden sind der Schlüssel zur Wohnungsfrage“, in dem es um bezahlbaren Wohnraum gehe, gestalte sich das vorgelegte Projekt als ein weiteres Puzzlestück der Gemeinde, die seit geraumer Zeit verstärkt in erschwinglichen Wohnraum investiere. Es müssten allerdings alle Akteure mitziehen, um die Wohnungsnot abzubauen: neben den Gemeinden seien sowohl der Staat als auch die Eigentümer gefordert. Rat Weirich möchte wissen, wie die Zeitschiene aussehe, sprich wann die Wohnung zur Verfügung stünde, wo sie sich befinde und um wie viele Zimmer es sich handle. Es sei ihm zudem wichtig, dass bei der Vergabe auch das soziale Kriterium berücksichtigt werde.

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich konkret um das Projekt in der route de Longwy handle. Er wolle nicht vorgreifen, jedoch handle es sich um ein leerstehendes Haus. Wenn man Kenntnis von solchen Immobilien habe, versuche man mit den Besitzern eine Lösung zu finden und diese als bezahlbaren Wohnraum weiter zu vermieten. Man habe bereits fünf Wohnungen gekauft und auch in Zukunft sei die stattliche Summe von sieben Millionen Euro zu diesem Zweck vorgesehen. Man dürfe auch nicht vergessen, dass bezahlbarer Wohnraum nicht nur für Familien gedacht sei, sondern auch für junge Menschen. Man sei sich der Verantwortung bewusst und hoffe, dass eventuell mehr Besitzer von leerstehendem Wohnraum auf die Gemeinde zukämen.

Schöffe Miller nimmt Bezug auf den von Rat Weirich angesprochenen Zeitungsartikel. Wie auch Bürgermeister De Smet schon gesagt habe, sei man auch auf die Mitarbeit der Wohnungsbesitzer angewiesen. Nur dann könne man als Gemeinde auch etwas bewirken. Dies könne eine kurzfristige Lösung für ein langwieriges Problem darstellen.

Rat Colabianchi merkt an, dass es sich hier bei Weitem nicht um das erste Projekt in diesem Rahmen handle. Oft scheinen diese Realisationen langwierig, was größtenteils dem administrativen Hürdenweg geschuldet sei. Er will betonen, dass die Gemeinde auch in der Vergangenheit bereits große Anstrengungen unternommen habe, dies mit dem Viertel „An Eechels“, bei dem auch Bartringer Einwohner ein Vorrecht genossen, der Immobilie „Beim Schlass“ und dem Viertel „A Rilsper“. Heute spreche man von bezahlbarem Wohnraum, dieser Terminus änderte im Laufe der Jahre oft, ohne dass sich aber am eigentlichen Problem viel änderte. Man müsse auf verschiedenen Wegen versuchen, Lösungen zu finden, um effizient gegen diese Notsituation im Bereich des Wohnraums anzukämpfen. Eine Allheillösung gebe es allenfalls nicht.

Bürgermeister De Smet will in diesem Zusammenhang auch einen Ausblick in die Zukunft geben. In der rue de Dippach sei bereits vor Jahren ein Projekt gestimmt worden, das nun Ende dieses, spätestens Anfang nächsten Jahres, beginnen werde, dies in Zusammenarbeit mit dem „Fonds du Logement“. Hier werde auch die vorliegende Verordnung zum Tragen kommen.

Rat Weirich merkt an, dass er in der Verordnung ein Kriterium vermisste. Er wünsche sich, dass auch das soziale Kriterium berücksichtigt werde und junge Menschen in prekären Situationen den Vortritt erhielten.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass es sich hier nicht um Jugendwohnen handele. In einer solchen Struktur sei auch ein Erzieher vor Ort, der die Jugendlichen begleitet. Auch solche Wohnstrukturen gebe es in der Gemeinde, die von anderen Vereinigungen betreut werden. Man werde aber das soziale Kriterium nicht außer Acht lassen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Tarifordnung betreffend den Preis einer Mahlzeit in der Schulkantine für das Gemeindepersonal: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um die Tarifverordnung betreffend den Preis einer Mahlzeit aus der Schulkantine für das Gemeindepersonal handele. Man wolle dem Personal, das für die Gemeinde arbeite, die Möglichkeit geben, täglich eine Mahlzeit zum Selbstkostenpreis zu erwerben, die vor Ort im SEA zubereitet werde. Auf Nachfrage des Personals habe man eine Umfrage durchgeführt, um das Interesse zu ermitteln, wobei sich klar herausgestellt habe, dass ein entsprechendes Angebot gewünscht sei. Daher benötige man eine Tarifverordnung. Der Preis liege bei 6,5 Euro ohne Mehrwertsteuer beziehungsweise 6,7 Euro inklusive Mehrwertsteuer pro bestellte Mahlzeit und werde monatlich abgerechnet. Die Mahlzeit bestehe aus einem Hauptgericht sowie einem Stück Brot. Im Dossier finde sich zudem ein Zusatz zum ursprünglichen Vertrag, in dem verschiedene Bestimmungen detaillierter geregelt seien. Darüber hinaus gibt Bürgermeister De Smet an, dass der Betrieb durch Sodexo vom 1. September 2025 bis zum 31. August 2028 im Rahmen einer Ausschreibung gesichert worden sei.

Rätin Schares möchte wissen, ob es hier eine Nachfrage vom Personal gegeben habe. Man habe vor Ort eine große Produktionsküche in der gekocht werde. In der Verordnung stehe, dass das bestellte Essen an drei Standorte geliefert werde. Sei dieser Aufwand notwendig, sprich könne das Essen nicht auch direkt im SEA abgeholt werden. Zudem will sie wissen, wie weit im Voraus bestellt werden müsse und ob das Menü das gleiche sei, das auch für die Kinder gekocht werde. Sie habe einen Blick auf die Menüauswahl geworfen und mit Erschrecken feststellen müssen, dass dies nicht gesund genug sei. Sie sei auch von anderen Eltern auf diesen Umstand aufmerksam gemacht worden. So biete man den Kindern als Nachspeise wohl ein Stück Obst an, jedoch auch immer gesüßte Nachspeisen wie Muffins, Marmeladenbrote, Croissants oder ähnliches. Sei es nicht möglich, hier auf gesündere Alternativen zurückzugreifen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass die Planung auf sechs Wochen aufgestellt werde, auch in Anbetracht von regionalen, saisonalen und Bioprodukten. Das Gemeindepersonal müsse zwei Tage im Voraus bestellen. Das Essen werde dann auch vom Personal des Dienstes „Essen auf Rädern“ auf den 3 verschiedenen Standorten ausgeliefert, so dass keine zusätzlichen Umstände entstehen. Was nun den Nachtisch oder angesprochenen Snacks betreffe, so versuche man, die Balance zu halten.

Rätin Moro ergänzt, dass das Menü von der Direktion kontrolliert und in Zusammenarbeit mit den Kindern ausgearbeitet werde. Einmal pro Woche gebe es einen sogenannten „Kindertag“ mit dem Wunschmenü der Kinder. Auch der Nachtisch werde stets frisch zubereitet, es stehe den Kindern immer viel Obst und Gemüse zur Verfügung.

Rat Colabianchi merkt an, dass das Angebot frisch, ausgewogen und gesund sei. Wenn er sich recht erinnere, werde die Menüplanung auch in

Zusammenarbeit mit einer Ernährungsberaterin ausgearbeitet. Auch wenn die Kinder Mitspracherecht haben, so werde viel Wert auf gesundes und ausgewogenes Essen gelegt.

Rätin Schares entgegnet, dass sie das Programm dieser Woche in Augenschein genommen habe. Sie zweifle nicht an, dass man regional und frisch koche oder dass man den Kindern genügend Gemüse und Obst anbiete. Jedoch gebe es neben diesen gesunden Produkten, zu viele zuckerhaltige Alternativen, zu denen die Kinder lieber greifen würden. In der heutigen Zeit, in der besonders Übergewicht bei Kindern ein Problem sei, müsse man entgegenwirken, wo man könne. Allein diese Woche finde man Vanillepudding, Donuts und gezuckerten Frischkäse auf dem Menüplan. Als Snack gebe es Muffins, Laugenbrötchen oder Marmeladenbrote, auch das Brot sei Weizenmehl und nicht unbedingt gesund. Lasse man den Kindern die Wahl, wisse man, zu welchen Snacks diese greifen und das sei nun mal nicht die gesunde Alternative.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man seitens der Gemeinde noch keine Beanstandungen erhalten habe. Sollte es jedoch so sein, so stehe seine Tür immer offen.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

05. Konventionen, Verträge und notarielle Akte

A. Mietvertrag 8, rue de la Fontaine: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um die Räumlichkeiten des ehemaligen Schularztes in der rue de la Fontaine handele, die neu vermietet werden sollen. Nach der Analyse des Schöffenrats sei man zu dem Schluss gekommen, dass diese Räumlichkeiten noch effizienter genutzt werden könnten, wenn sich dort dauerhaft eine Praxis niederlassen würde. Dem Schularzt sowie der Sprechstunde für Säuglinge und Kleinkinder habe man geeignete Alternativen angeboten und entsprechend eingerichtet. Der Schularzt habe passende Räumlichkeiten in der Schule „Beim Schlass“ erhalten, während die Säuglingssprechstunde in der Schauwenburg untergebracht worden sei; diese finde am zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 9:00 bis 11:30 Uhr statt und richte sich an Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren. Wie üblich habe man einen Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen gestartet, in dessen Rahmen man sich schließlich für Dr. Majchrzak entschieden habe. Die Ärztin stamme aus Bartringen, was gewisse Vorteile mit sich bringe. Es handle sich um eine junge Ärztin mit Spezialisierung in Endokrinologie und Diabetologie, was unterstreiche, dass man weiterhin bestrebt sei, verschiedene Fachrichtungen nach Bartringen zu holen und insbesondere jungen Ärzten die Möglichkeit geben wolle, sich dort zu etablieren. Von diesem vielfältigen medizinischen Angebot würden selbstverständlich auch die Bürger profitieren.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass die Lokalität eine Größe von etwa 90m² habe und für sechs Jahre vermietet werde, und zwar vom 1. Juni 2026 bis zum 31. Mai 2032. Nach Ablauf dieser sechs Jahre verlängere sich der Vertrag um weitere drei Jahre. Die erste Miete sei ab dem 1. September fällig und belaufe sich auf 1.809,77 Euro. Wie üblich werde eine Mietkaution in Höhe von drei Monatsmieten, also 5.429,31 Euro, verlangt. Es handle sich um den üblichen Standardvertrag. Die Räumlichkeiten seien neu gestrichen worden und die Holzfenster ersetzt worden, sodass ein gepflegtes Lokal zur Verfügung stehe. Weitere Umbauarbeiten seien derzeit nicht vorgesehen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.



B. Mietvertrag für eine erschwingliche Wohnung, 8, rue de la Fontaine: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um denselben Standort handele, da sich über der Arztpraxis auch noch eine Wohnung befinde, die frei geworden sei und weiterhin zu einem erschwinglichen Preis vermietet werden solle. Er hebt hervor, dass man diese Wohnung in einem sehr guten und gepflegten Zustand vorgefunden habe. Die Wohnung bestehe unter anderem aus drei Schlafzimmern, zwei Badezimmern sowie einem geräumigen Wohnzimmer mit Küche und habe eine Fläche von rund 107 m².

Ab dem 1. April würden die neuen Mieter einziehen und eine Miete in Höhe von 608,69 Euro zahlen. Diese werde, wie gesetzlich vorgesehen, einmal jährlich angepasst. Es handle sich um eine Mutter mit ihren drei Kindern, die bereits in Bartringen wohne und ihre derzeitige Wohnung verlassen müsse, sodass man hier einer Notsituation Rechnung trage und es den Kindern ermögliche, weiterhin vor Ort zur Schule zu gehen. Das Übergabeprotokoll sowie die regelmäßigen Besichtigungen werde man durchführen. Zudem sei eine Bankgarantie in Höhe von zwei Monatsmieten, also 1.217,38 Euro, fällig.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Mietvertrag 12, route de Longwy: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hier um einen Vertrag betreffend die Anmietung eines Hauses für erschwinglichen Wohnraum für junge Menschen handele. Das Haus bestehe aus vier möblierten Zimmern, einem geräumigen Wohnzimmer sowie einer neuen Küche. Die Zimmer seien jeweils mit einem Einzelbett, einem Schrank sowie einem Schreibtisch mit Stuhl ausgestattet. Die Größe der Zimmer variere zwischen 13 und 22 m², wodurch sich die Mieten in einer Spanne von etwa 390 Euro bis maximal 660 Euro bewegten. Er weist jedoch darauf hin, dass die endgültigen Größen noch nicht feststünden, da die Umbauarbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen seien. Das Haus werde ab dem 1. April 2026 für zunächst drei Jahre angemietet, wobei sich die monatliche Miete auf 4.000 Euro belaufe. Die Immobilie verfüge über eine Bruttogrundfläche von rund 300 m². Die Anmeldemodalitäten würden im März auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht, sodass interessierte junge Menschen ab diesem Zeitpunkt ihre Bewerbungen einreichen könnten. Zudem betont er, dass die Gemeinde nicht beabsichtige, Häuser leer stehen zu lassen, sondern vielmehr nach Lösungen suche, um Menschen, die es auf dem regulären Wohnungsmarkt schwer hätten, eine Unterkunft zu bieten. Dies stelle zugleich ein klares Zeichen an die junge Generation dar, dass man sie nicht vergesse und sich aktiv für bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen einsetze.

Rätin Schares möchte wissen, wie viele Stellplätze zur Verfügung stehen, da die Wahrscheinlichkeit groß sei, dass jeder sein eigenes Auto habe. Müsse die Gemeinschaft sich selbst organisieren?

Bürgermeister De Smet antwortet, dass es insgesamt vier Stellplätze geben werde. Jedoch sei es fraglich, dass jeder sein eigenes Auto besitze. Genügend Platz sei vorhanden. Betreffend das Leben in der Gemeinschaft werde man noch eine Hausordnung aufsetzen, die das Zusammenleben in den Gemeinschaftsräumen regle.

Rat Weirich gibt an, dass er es begrüße, dass das Haus schon möbliert sei. Der Garten stelle seiner Meinung nach eine Herausforderung dar. Die Miete sei erschwinglich und es sei ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Bürgermeister De Smet merkt an, dass auch der Garten noch instandgesetzt werde, sobald das Wetter es erlaube.

Rätin Smit-Thijs ergänzt, dass die Wohnung so gelegen sei, dass sie gut an den öffentlichen Transport angebunden sei. Außerdem befinde sich auch eine vel'OH und Flex Station in der Nähe.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Durchführungsvereinbarung zum besonderen Bebauungsprojekt „Brill“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um die Umsetzung des PAP Brill 2.0, insbesondere um die Infrastrukturarbeiten, handele. Unter Infrastrukturarbeiten verstehe man unter anderem den Bau von Straßen, Gehwegen, Fußgängerwegen sowie anderen öffentlichen Plätzen, die öffentliche Beleuchtung und Parkplätze, vor allem aber auch die unterirdischen Netze wie Kanalisation, Stromversorgung und ähnliche Anlagen sowie die Gestaltung der Grünflächen. Die erste Phase des PAP Brill, sprich der nördliche Teil, habe man bereits im Gemeinderat vom 3. Juli 2025 verabschiedet, und diese sei am 24. November 2025 vom Innenministerium genehmigt worden. Gegenstand der vorliegenden Konvention sei die Regelung der Infrastrukturarbeiten. Dabei gehe es insbesondere um die Finanzierung, wobei es für die Gemeinde von großer Bedeutung sei, eine Garantie zu haben, dass die Arbeiten auch tatsächlich abgeschlossen würden. Aus diesem Grund sei eine Bankgarantie in Höhe von 3.135.000 Euro vorgesehen, was dem Wert der Arbeiten entspreche. Zudem gebe es auch Infrastrukturarbeiten, die außerhalb des PAP lägen, jedoch zwingend notwendig seien, um überhaupt den Zugang zum Baugebiet zu ermöglichen; diese Kosten würden auf beide Phasen aufgeteilt.

Des Weiteren gibt Bürgermeister De Smet an, betreffe die Konvention die Fertigstellung und Abnahme der Arbeiten sowie die Abtretung von Flächen, die unentgeltlich an die Gemeinde übergehen müssten. Auch die Dauer der Arbeiten stelle einen wichtigen Punkt dar, sowohl für die Gemeinde als auch für die Anwohner. Hier seien maximal vier Jahre vorgesehen, gerechnet ab der Notifizierung der ministeriellen Genehmigung, wobei der Bauträger angekündigt habe, die Infrastrukturarbeiten bereits innerhalb von neun Monaten abschließen zu wollen. Ein weiterer Punkt betreffe die Eintragung von Dienstbarkeiten, die vor der Erteilung einer Baugenehmigung erforderlich seien. Dazu gehöre unter anderem eine Achse für Regenwasser, die über den unteren Teil des PAP verlaufe und über private Grundstücke führe; diese Lösung sei provisorisch, bis Phase 2 umgesetzt werden könne, woraufhin der endgültige Anschluss erfolgen solle. Die Zustimmung zum Bau von erschwinglichem Wohnraum, der an die Gemeinde übergehen werde, werde in einer separaten Konvention geregelt. Diese Bauten würden in jedem Fall gemäß den Vorgaben des Wohnungsbauministeriums errichtet, um auch für entsprechende Fördermittel („Aides à la pierre“) in Frage zu kommen. Darüber hinaus sei die Rückerstattung der Kosten für die Ausarbeitung des Leitbilds vorgesehen, wobei sich diese für Phase 1 auf 1.619,81 Euro beliefen. Ebenso enthalte die Konvention verschiedene Bedingungen, die teilweise aus Reklamationen im Rahmen der punktuellen Änderung des PAG hervorgegangen seien und zu deren Aufnahme sich die Gemeinde verpflichtet habe. Dazu zählen unter anderem die Sauberkeit der Baustelle, die Gewährleistung der Sicherheit der Anwohner sowie insbesondere der Schutz von Kindern, die sich dort aufhielten oder zu Fuß unterwegs seien, worauf die ausführenden Unternehmen ausdrücklich hingewiesen werden sollen. Außerdem solle entlang der Gärten der an den PAP angrenzenden Anwohner eine Vorrichtung von 2,5 Metern errichtet werden, um vor Lärm und Staub zu schützen. Schließlich solle vor Beginn der Arbeiten ein Zustandsprotokoll („Etat des lieux“) mehrerer Häuser erstellt werden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.



E. Konvention „Meng Gemeng lieft Sport“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich hier um die Konvention „Meng Gemeng lieft Sport“ handle. Die Gemeinde habe zu Beginn dieses Jahres die Charta „Meng Gemeng lieft Sport“ unterzeichnet, die auf dem Konzept „Lëtzebuerg lieft Sport“ basiere. Ziel sei es, die Akteure, das Angebot sowie die sportlichen Infrastrukturen miteinander zu vernetzen und ein kooperatives Netzwerk zu schaffen, in dem Sport für alle zugänglich sein solle. Es handle sich um eine Konvention, welche die Zusammenarbeit zwischen dem Sportministerium und der Gemeinde regle, mit dem Ziel, eine gesunde, aktive und inklusive Gesellschaft durch den Sport zu fördern. In diesem Zusammenhang gehe es auch um den Sportkoordinator, nach dem im Rahmen verschiedener Diskussionen gefragt worden sei.

Bürgermeister De Smet betont, dass Bartringen den Sport bereits gelebt habe, noch bevor überhaupt vom Sportkoordinator die Rede gewesen sei, und man den Slogan entsprechend um „Bartringen lieft Sport“ ergänzen könne. Die Charta werde daher auch als Anerkennung für die bereits in der Vergangenheit geleisteten Anstrengungen im Sportbereich in Bartringen gesehen, wodurch die Gemeinde nun auch eine gewisse Unterstützung zurückerhalte. Dies betreffe sowohl die Infrastrukturen als auch Initiativen wie unter anderem die seit über 15 Jahren bestehende Kommission des sportlichen Zusammenschlusses, in der die Sportvereine zusammengebracht würden, um ihre Bedürfnisse und Wünsche zu besprechen, den Dienst 50+, der sportliche Freizeitkurse für Jung und Alt organisiere, sowie eine verantwortliche Person für den Sport innerhalb des SEA.

All diese Punkte fänden sich auch in den Aufgaben wieder, die dem Sportkoordinator zukämen. Daher sei man erfreut darüber, dass das Ministerium dem Vorschlag gefolgt sei, keine zusätzliche Stelle schaffen zu müssen, sondern eine Person aus der bestehenden Verwaltung zu benennen, die einen Großteil dieser Aufgaben bereits abdecke. Die Konvention lege die Verpflichtungen der Gemeinde fest. Dazu gehöre unter anderem die Erstellung eines Inventars der lokalen Akteure, eine Bestandsaufnahme des sportlichen Angebots und der Infrastrukturen, die Sammlung von Daten über das Verhalten und die Wünsche der Bevölkerung, die Organisation partizipativer Workshops sowie die Ausarbeitung einer Bilanz mit möglichen Maßnahmen und Handlungsansätzen. Aus all diesen Elementen entstehe schließlich ein Aktionsplan für die Gemeinde. Der Sportkoordinator solle zudem in die Planung neuer Infrastrukturen und Angebote eingebunden werden und an staatlichen Weiterbildungen im Sportbereich teilnehmen. Seine Aufgabe bestehe darin, die Sportaktivitäten in der Gemeinde zu strukturieren, die Vereine zu unterstützen und neue Initiativen zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprächen. Der Staat unterstütze die Gemeinde sowohl administrativ, unter anderem durch informatische Mittel zur strukturierten Datenerfassung, als auch finanziell. So würden in den ersten drei Jahren 80 % des Gehalts übernommen, bevor dieser Anteil jährlich um 10 % sinke, bis nach neun Jahren ein Niveau von 20 % erreicht werde. Die seitens des Ministeriums unternommenen Anstrengungen könnten den Sport weiter voranbringen, und die Gemeinde Bartringen erhoffe sich dadurch weiterhin erfolgreiche Sportvereine sowie insbesondere die Möglichkeit, eine möglichst breite Bevölkerungsschicht anzusprechen und zu einem aktiven, gesunden und inklusiven Lebensstil zu motivieren.

Rätin Schares gibt an, dass sie dieses Thema schon des Öfteren angesprochen habe. Sie sei selbst bereits im Herbst 2024 bei einer Informationsversammlung des Syvicol zugegen gewesen, bei der der Sportminister den

Sportkoordinator vorgestellt habe. Zu diesem Zeitpunkt habe es acht Sportkoordinatoren für 11 Gemeinden gegeben. Im Dezember 2024 habe sie dieses Projekt im Rahmen der Haushaltsdebatte angesprochen. Damals sei gesagt

worden, dass es im SEA bereits einen Sportkoordinator gebe und dass die Gemeinde sowie die einzelnen Kommissionen vieles organisieren und koordinieren. Auch dieses Jahr habe sie das Thema in der Haushaltsdebatte erneut angesprochen, weil es ihr wirklich wichtig sei und die CSV in ihrem Wahlprogramm eine ähnliche Unterstützung vorgesehen hatte. Zu diesem Zeitpunkt habe sie das Gefühl gehabt, dass man zuerst prüfen wolle, was möglich sei, da man nicht unbedingt jemanden einstellen wolle, sondern diese Aufgabe jemandem übertragen wolle, der bereits bei der Gemeinde arbeite. Nun sei diese Vereinbarung unterzeichnet worden. Sie freue sich über diesen Mentalitätswechsel. Zudem sei es nicht neu, dass die Ideen der CSV zunächst verworfen und als nicht notwendig dargestellt werden und dann ein oder zwei Jahre später plötzlich übernommen würden. Sie hoffe jedoch, dass das dahinterstehende Konzept auch richtig verstanden worden sei. Anfangs habe sie den Eindruck gehabt, dass diese Idee belächelt worden sei. Es gehe nicht nur darum, die Vereine, den SEA und die Kurse der Gemeinde zu koordinieren, da die Charta nicht ohne Grund „Meng Gemeng lieft Sport“ heiße. Es solle ein kooperatives Netzwerk entstehen, um drei wichtige Elemente zu analysieren: die Akteure, die an körperlicher und sportlicher Aktivität beteiligt seien, das Angebot und die Infrastruktur. Eine Analyse solle helfen, das bestehende Angebot zu harmonisieren, bei Bedarf Initiativen weiterzuentwickeln, den Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten zu garantieren, eine strategische Entwicklung der Infrastruktur zu ermöglichen und die organisatorischen Kapazitäten der Sportbewegung zu stärken.

Rätin Schares ist der Ansicht, dass dies einige wichtige Punkte seien, bei denen man über den Tellerrand hinausschauen müsse und nicht einfach so weitermachen sollte wie bisher, sondern sich auch auf Neues einlassen solle. Dazu müsse man sich einige Fragen stellen: Für wen biete man derzeit Sport an? Welche Altersgruppe komme vielleicht zu kurz? Warum sei es trotz Einsatz und Hilfe der Eltern nicht möglich, einen Turnkurs für kleine Kinder ins Programm aufzunehmen? Seien die Uhrzeiten angepasst oder könnte man vielleicht mehr in der Mittagszeit anbieten? Man brauche nicht für jeden Kurs eine Sporthalle. Welche freien Räume oder Alternativen im Freien stünden sonst zur Verfügung? Müsse das Schwimmbad wirklich jeden Morgen ausschließlich für die Schulen reserviert sein? Oder könnte man vielleicht an ein oder zwei Vormittagen zwei Bahnen für die Öffentlichkeit beziehungsweise die Steuerzahler öffnen? Was könne man für Jugendliche und Erwachsene tun, die keine Vereinsmenschen seien, aber dennoch Mannschaftssport betreiben möchten?

Rätin Schares führt weiter aus, dass das gesamte Sport- und Bewegungskonzept viel weiter gehe. Man könnte dabei auch Kinderhorte, Schulen, SEA, LASEP, Jugendhaus, Jugendvereine, Sportvereine, Vereine im Allgemeinen, Club am Schlass, das Altersheim und sicherlich noch viele mehr mit einbeziehen. Sie würde sich freuen, wenn man das Ganze offen angehen könne und bereit wäre, auf Menschen zu hören, die sich auskennen, und man nicht nur hinter verschlossenen Türen arbeite. Es gehe um Freizeitsport, Gesundheitssport, Wettkampfsport, aber auch um Vereinssport, der von einem Sportkoordinator vielleicht stärker unterstützt werden könne. Bewegung sei wichtig sowohl für die körperliche als auch für die mentale Gesundheit, aber auch für den sozialen Zusammenhalt. Um eine gesunde und aktive Gesellschaft zu haben, reiche Bewegung und Sport allein jedoch oft nicht aus; vielleicht könnte man noch einen kleinen Schritt weitergehen und Begriffe wie Prävention, Ernährung und Sensibilisierungskampagnen mit einbeziehen. Für sie gehöre dies alles zusammen, wenn man von Sport und Gesundheit spreche. Die Gemeinde Düdelingen habe hierzu ein schönes Konzept. In der Vereinbarung stehe „recruter un coordinateur sportif à plein temps“. Wie wolle der Schöffenrat dies angehen. Es werde von den „notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen“ gesprochen. Was werde konkret verlangt. Der Sportkoordinator solle ja auch ein „Begleit- und Ausbildungsprogramm“ des

Staates absolvieren. Stelle man nun jemanden ein, da bei allem, was zu tun sei, dies keine Aufgabe darstelle, die man einfach zusätzlich einem der Angestellten aufbürden könne.

Bürgermeister De Smet wundert sich, ob Rätin Schares dieselbe Konvention gelesen habe wie er. Wenn man etwas unterschreibe, dann sei es klar, dass man sich auch an die Vorgaben halte. Einige der angesprochenen Punkte seien nicht richtig und entsprechen nicht der Wahrheit. Man habe bereits 2024 über einen möglichen Sportkoordinator gesprochen. Als diese Neuerung vorgestellt wurde, habe der zuständige Minister die einzelnen Gemeinden besucht, um das Thema zu erläutern. Jedoch sei seinerzeit die Vorgabe gewesen, dass man eine Person einstellen müsse, um die vorgegebenen Aufgaben zu erfüllen. Dies sei ein Fakt, den er betonen wolle. In Bezug auf Personal habe man immer zu verstehen gegeben, dass man sich dies gut überlege und nicht blind etwas umsetze, das für die Gemeinde keinen Sinn ergebe. Es habe noch viel Unbekanntes gegeben, das über die Zeit nachgebessert wurde. Es sei seinerzeit auch nie die Rede davon gewesen, dass das zuständige Ministerium sich während zehn Jahren am Gehalt beteilige, sondern nur von drei Jahren. Man habe sich nie verschlossen, sondern es habe zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn ergeben, jemanden für diesen Posten einzustellen. Man habe nicht auf einen Sportkoordinator warten müssen, um vieles in der Gemeinde umzusetzen. Alles, was an Arbeiten laut der Konvention vom Sportkoordinator übernommen werden müsse, werde dieser auch übernehmen, anders habe man nicht unterschrieben. Man habe zwei Unterredungen mit dem Ministerium gehabt und sich auch mit anderen Gemeinden ausgetauscht, die diesen Posten auch intern besetzt haben, so zum Beispiel auch die Nachbargemeinde Mamer. Man habe dies mit dem Ministerium abgesprochen. Auch die Vertreter des COSL hätten der Einführung des Sportkoordinators am Anfang skeptisch entgegengestanden und ihre Bedenken an das Ministerium weitergegeben. Es habe dementsprechend auch keinen Mentalitätswechsel von Seiten der DP gegeben, sondern die Bedingungen hätten sich schlicht geändert. In Bezug auf den Turn Kurs für Kinder, wolle er angeben, dass man einen kohärenten Tarifschlüssel für alle angebotenen Kurse verlange. Bei den erhaltenen Angeboten sei dies nicht gewährleistet worden. Man arbeite an einer Lösung, es müsse aber auch in das Konzept der Gemeinde passen. Betreffend das Schwimmbad will er anmerken, dass das Schwimmbad ausgelastet sei. Man könne sich glücklich schätzen, dass man den Kindern diesen Luxus bieten könne und jedes Kind nach dem Verlassen der Grundschule dem Schwimmen mächtig sei. Man sei offen für Bürgerbeteiligung, mit den meisten Sportvereinen und interessierten Bürgern stehe man im steten Austausch. Was die Sportinfrastrukturen der Gemeinde betreffe, so sei man mit zwei Sporthallen und den insgesamt drei Sportfeldern gut ausgestattet. Die Person, die nun intern den Posten des Sportkoordinators übernehme, erfülle alle Kriterien, um diesen Posten zu übernehmen. Außerdem werde der kulturelle Dienst ab dem 1. April auch verstärkt und man sei dementsprechend zuversichtlich, dass die Aufgabenverteilung gut gelingen werde. Man fördere auch die Zusammenarbeit zwischen dem Sportkoordinator der Gemeinde Strassen und dem Bartringer Sportkoordinator. Die notwendigen Schulungen werden selbstverständlich auch durchgeführt.

Rat Colabianchi ergänzt, dass Rätin Schares es so dargestellt habe, als ob die Idee des Sportkoordinators von der CSV ausgegangen sei. Dies stimme nicht. Die Idee stammt aus dem Sportministerium und man habe dem Konzept immer aufgeschlossen gegenüberstanden. Da man verschiedene Auflagen jedoch nicht befürwortet habe, habe man schon vor geraumer Zeit den Kontakt mit den Verantwortlichen gesucht, dies schon zu Zeiten, als Dan Kersch noch Sportminister war. Danach sei es Georges Engel gewesen, der diese Idee wieder gefördert habe, und zuletzt sei es zu einem Austausch mit Georges Mischo und seinem Team diesbezüglich gekommen. Das habe ein Umdenken im Ministerium bewirkt und die Konvention sei überarbeitet worden, so dass der Schöffenrat sich, aufgrund der Neuerungen, dazu entschlossen

habe, diese zu unterschreiben. Was die sportliche Ausrichtung der Gemeinde angehe, egal ob Kompetitiv- oder Freizeitsport, so brauche die Gemeinde sich nicht zu verstecken. Zu den Aussagen von Rätin Schares betreffend das Schwimmbad, will Rat Colabianchi informationshalber anmerken, dass die CSV seinerzeit dieses Projekt nicht unterstützte und am Erfolg von ‚Les Thermes‘ zweifelte. Mit über 1000 Besuchern pro Tag brauche man heute wohl kaum mehr über den Erfolg zu diskutieren.

Rat Rauchs gibt an, dass es sich um ein gutes Projekt handle, das sicherlich von allen am Tisch unterstützt werde. Rätin Schares habe das Projekt gelobt und alles erklärt, was darinstehe, zugleich aber unterstrichen, dass dieses Projekt deutlich weiter gehe als das, was man derzeit mache.

Das bedeute jedoch nicht, dass bisher nichts gemacht worden sei. Außerdem sei in dem Dokument auch ein Profil für diesen neuen Posten beschrieben. Falls man intern bereits über eine Person verfüge, die diesem Profil entspreche, könne diese sich selbstverständlich intern melden und dann könne man sicherlich darüber nachdenken, diese Person auf den vorgesehenen Posten zu ernennen. Jedoch solle es ein Vollzeitposten sein, ohne anderwärtige Aufgaben, der mit dem Kulturbeauftragten gleichgestellt werden solle, bei dem man auch nun die Resultate sehe.

Bürgermeister De Smet betont, dass man diese Konvention gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium ausgearbeitet habe. Der Posten werde intern von Tun Schroeder besetzt, der bereits jetzt die meisten Kontakte zu den Sportvereinen pflege. Das Ministerium habe diese Entscheidung befürwortet. Man werde alle Punkte erfüllen und einen Aktionsplan für die Gemeinde erstellen.

Schöffe Lang will klarstellen, dies auch im Zusammenhang mit der Kommission des sportlichen Zusammenschlusses, dass Tun Schroeder exzellente Arbeit leiste und dieser neue Posten auch eine Valorisierung seiner Arbeit darstelle. Was den Sport in der Gemeinde betreffe, wolle er kurz noch ein anderes Beispiel nennen. Das Ministerium habe das Programm „Fundamentals“ ins Leben gerufen, bei dem Vereine Trainer zur Verfügung stellen, um mit den Kindern des SEA Motorik zu trainieren. Man habe dieses Programm im Schöffenrat für gut befunden und das Gespräch mit den Verantwortlichen des SEA gesucht. Diese hätten dankend abgelehnt, da dieses momentan nicht umsetzbar sei. Es werde bereits viel angeboten, so dass man nicht auf dieses Konzept zurückgreifen müsse.

Rätin Schares will auf einige Ausführungen zu sprechen kommen. Sie habe nie behauptet, dass es eine Idee der CSV gewesen sei, sondern vom Ministerium, die man habe unterstützen wollen. Ihrer Ansicht nach habe diese vom Schöffenrat seinerzeit aber nicht die richtige Aufmerksamkeit erhalten, Wichtig sei nun, dass man dies angehe.

Rätin Schuster merkt an, dass Sport wichtiges Element der Gesellschaft sei, egal ob jung oder alt. Jeder habe ein Recht auf sportliche Betätigung. Die Gemeinde biete bereits viel an, was weit über die Anforderungen hinausgehe, wie zum Beispiel „Bartreng bewegt sech“ in Kombination mit der „Nuit du sport“. Eine Veranstaltung die stets großen Anklang finde. Sie begrüße, diese Konvention, auch wenn dies eine Herausforderung bedeute. Vor allem der Austausch mit den Vereinen sei wichtig, damit diese auch ihre Anliegen hervorbringen können. Nur so könne man Probleme beheben. Die bestehenden Sportinfrastrukturen seien auf dem letzten Stand, jedoch reichen die Kapazitäten nicht aus. Hier müsse man gegebenenfalls nachbessern.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass man Opfer des eigenen Erfolges geworden sei, dies aufgrund der guten Infrastrukturen. Der Bau einer dritten

Sporthalle sei keine neue Diskussion, hier könne zum Beispiel ein Gemeinschaftsprojekt mit einer Nachbargemeinde entstehen.

Schöffe Lang ergänzt, dass bereits jetzt alles konkret angesprochen und wenn möglich behoben werde. Auch der Austausch unter den Vereinen funktioniere gut und es bestehe eine sehr gute Zusammenarbeit.

Rätin Schuster antwortet, dass diese Kommission ganz klar den Austausch fördere.

Rätin Smit-Thijs ist erfreut, dass man nicht sofort in dieses Projekt eingestiegen sei, sondern abgewartet habe. Die Konvention, die nun vorliege, passe viel besser zur Gemeinde.

Bürgermeister De Smet gibt anschließend an, dass die Gemeinde tatsächlich Sport lebe. Man habe einen Konsens, dass diese Konvention die Gemeinde in diesem Bereich voranbringen werde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

F. Vereinbarung über die Umgestaltung und Erweiterung des P&R-Parkplatzes am Bahnhof Bertrange-Strassen: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hierbei um eine Konvention betreffend den P&R-Parkplatz am Bartringer Bahnhof handle, mit der insbesondere die Neugestaltung sowie Regelungen in Bezug auf Unterhalt, Zuständigkeiten und Nutzung festgelegt werden sollten. Es handle sich um eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Mobilität und öffentliche Arbeiten, der CFL und der Gemeinde Bartringen. Der Parkplatz auf der Seite der rue de l'Industrie sei bekanntlich im Jahr 2024 umfassend neugestaltet worden, um insbesondere auch die Sicherheit an diesem Standort zu gewährleisten. Der Parkplatz in der rue de la Gare verfüge über 34 Stellplätze, während jener in der rue de l'Industrie 28 Parkplätze umfasse; dort befänden sich unter anderem auch eine Bike-Box sowie drei FLEX-Fahrzeuge. Die gesamte Finanzierung sei über den Fonds du Rail erfolgt, sodass für die Gemeinde keinerlei Kosten angefallen seien, auch nicht für den unterirdischen Bereich. Ein Plan zur Aufteilung der Unterhaltsarbeiten sei den Unterlagen beigefügt gewesen und zeige auf, welche Aufgaben von der Gemeinde und welche von der CFL zu übernehmen seien. Die Gemeinde übernehme den laufenden Unterhalt, darunter die Reinigung, das Einsammeln von Abfällen, den Winterdienst sowie die Wartung der Beschilderung, sofern diese nicht den Bahnverkehr betreffe. Ebenso sei sie für die Pflege der Grünflächen zuständig. Die CFL hingegen trage die Verantwortung für bauliche Maßnahmen wie den Bahnsteig, Treppenanlagen sowie die bahnspezifische Beschilderung. Zudem wurde festgehalten, dass auf diesen Parkplätzen seitens der Gemeinde kein Anwohnerparken vorgesehen werden dürfe. Die Konvention sei von unbegrenzter Dauer.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

G. Notarielle Urkunden: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um eine unentgeltliche Abtretung seitens einer Privatperson an die Gemeinde handle. Die betreffende Parzelle befinde sich in der rue de Mamer und habe eine Fläche von 57 Zentiar, die in den öffentlichen Besitz überführt werden solle.

Der Gemeinderat nimmt diese Abtretung einstimmig an.

Des Weiteren habe die Gemeinde 95 Zentiar in der rue de Leudelage zu einem Preis von 475 Euro erworben. Diese Parzelle sei bereits Bestandteil der Straße gewesen und gehe nun offiziell in das Eigentum der Gemeinde über.

Der Gemeinderat nimmt diesen Akt einstimmig an.

Zudem habe die Gemeinde 3,25 Ar im Bereich „Beim Hiermesweiher“ gekauft, um die geplanten Arbeiten an der Dammstruktur in Angriff nehmen und umsetzen zu können. Der Preis betrage 1.500 Euro pro Ar, was einem Gesamtbetrag von 4.875 Euro entspreche. In diesem Zusammenhang will Bürgermeister De Smet seinen ausdrücklichen Dank aussprechen, da es sich um ein weiteres wichtiges Element handle, um das Dorf künftig besser vor Hochwasser zu schützen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Akt einstimmig an.

Darüber hinaus sei ein weiterer Akt unterzeichnet worden, in dessen Rahmen die Gemeinde zwei Parzellen entlang der N5 erworben habe, um eine Verbindung für einen Fußgängerweg zwischen dem Einkaufszentrum und dem Dorfzentrum zu schaffen. Insgesamt handle es sich um eine Fläche von rund 1,3 Ar, für die ein Gesamtbetrag von 45.150 Euro aufgewendet worden sei, was einem Preis von etwa 35.000 Euro pro Ar entspreche. Bürgermeister De Smet bedankt sich bei den Eigentümern des Einkaufszentrums für die unkomplizierten und konstruktiven Gespräche.

Der Gemeinderat nimmt diesen Akt einstimmig an.

06. Projekte

A. Kostenvoranschlag betreffend den Umbau des Mehrzwecksaals im Centre Atert: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hierbei um einen Kostenvoranschlag betreffend den Umbau des ehemaligen Musiksaals handle. Es solle ein neuer multifunktionaler Saal entstehen, von dem sowohl die örtlichen Vereine profitieren könnten als auch kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, kleinere Konzerte oder Theateraufführungen stattfinden könnten. Ebenso sei vorgesehen, dass dort auch Sitzungen abgehalten werden könnten. Zudem solle ein kleiner Thekenbereich integriert werden. Von der Größe her handle es sich um ein Angebot, das es in dieser Form in der Gemeinde bislang noch nicht gebe und das voraussichtlich stark nachgefragt werde. Nach Fertigstellung würden etwa 70 bis 80 Personen im Saal Platz finden. Die veranschlagten Kosten beliefen sich auf einen Betrag von 666.000 Euro ohne Mehrwertsteuer, was sich jedoch durch die notwendigen Arbeiten erklären lasse. So müsse unter anderem ein zusätzlicher Fluchtweg geschaffen werden, da es sich um einen öffentlich zugänglichen Raum handle. Auch die Brandmeldeanlage müsse angepasst und auf den neuesten Stand gebracht werden. Darüber hinaus seien der Einbau von Kühl- und Lüftungsanlagen vorgesehen sowie eine vollständige Erneuerung der elektrischen Installationen gemäß aktuellen Standards. Der Thekenbereich genauso wie die Wandverkleidungen und Einbauschränke sollten zur gewünschten Atmosphäre im Saal beitragen. Für die Beschallung, Beleuchtung, Steuerungstechnik sowie für ein Mischpult und eine Musikanlage mit Lautsprechern seien zudem Kosten in Höhe von rund 155.000 Euro vorgesehen. Insgesamt werde der Investition ein hoher Nutzen beigemessen, da damit ein zusätzlicher Saal für die Vereine geschaffen werde, der vielfältig genutzt werden könne, und auch der kulturelle Dienst der Gemeinde davon profitieren werde. Bürgermeister De Smet erklärt, dass in diesem Saal zahlreiche Aktivitäten stattfinden würden und viele Menschen dort eine angenehme Zeit verbringen könnten. Der Beginn der Arbeiten sei für April vorgesehen, mit einer geplanten Fertigstellung bis Ende des Jahres.

Rätin Philippe begrüßt dieses Projekt als Präsidentin der beiden Kulturkommissionen der Gemeinde. Als aktive Musikantin habe sie viel Zeit in diesem Raum verbracht und wisse, welches Potential hier vorhanden sei. Es sei großartig, dass man nun noch einen Saal mit einer solchen Zwischengröße erhalte. Die ArcA sei oftmals zu groß, die Räumlichkeiten der Schauwenburg zu klein. Der Saal müsse modernisiert und auf den neusten Stand der Technik gebracht werden. Sie sei erfreut, dass weder Kosten noch Mühen gescheut würden, um eine ordentliche Beschallung zu ermöglichen. Dieser werde sicherlich dankbar angenommen werden, dies für verschiedene Projekte.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass es verschiedene Überlegungen zu den Nutzungsmöglichkeiten für diesen Raum gegeben habe, so zum Beispiel auch als Aufbewahrungsraum. Dieser sei dafür allerdings zu schade.

Rat Weirich begrüßt dieses Projekt. Er gibt zu bedenken, dass die „Bartrenger Musek“ schon vor Jahren bereit gewesen sei, diesen Saal aufzugeben. Dies habe es ermöglicht, dass nun im Centre Atert ein Saal entstehe, der vielfältig genutzt werden könne. Er möchte aber wissen, wo genau der geplante Notausgang hinkomme und regt an, dass dieser Saal Vereinen, die im Festsaal Veranstaltungen haben, ebenfalls zur Verfügung gestellt werden sollte, falls sie einen Platz für ihre Vorbereitungen benötigen oder Platz für zusätzliches Material brauchen. Zugleich regt er an, die Rampe beim Seiteneingang neu zu gestalten, da es in der Vergangenheit dort zu Unfällen kam, die glücklicherweise noch glimpflich abliefen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass der Fluchtweg dort eingerichtet werde, wo sich aktuell die Fenster befinden. Dieser werde inklusive Wegführung angelegt und auch die Rampe werde neugestaltet, eventuell ohne Kopfsteinpflaster. Natürlich könne der Saal auch weiterhin von Vereinen mit angefragt werden.

Rätin Philippe ergänzt, dass man als „Bartrenger Musek“ den Raum hinter der Bühne nutzen könne und man somit nicht auch auf diesen Saal zurückgreifen müsse.

Rätin Schuster schließt sich ihren Vorrednern an und begrüßt die Initiative.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Kostenvoranschlag betreffend die Neugestaltung der Rue Rilspert: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass man nach der rue de Dippach und der rue de la Pétrusse nun auch die rue Rilspert erneuern werde, wie bereits in der Haushaltsdebatte angekündigt. Dabei betreffen die Arbeiten sowohl den Mischwasserkanal als auch den Straßenbelag, da sich die Straße ebenfalls in einem altersbedingten Zustand befinde und eine Erneuerung notwendig geworden sei. Zudem werde die Ableitung des Regenwassers modernisiert und auch die Anschlüsse an das Trinkwassernetz würden erneuert. Der Kostenvoranschlag belaufe sich auf 1.370.000 Euro. Die betroffenen Anwohner würden eine Einladung erhalten, um sich im Rathaus über das Projekt informieren zu können. In diesem Rahmen hätten sie auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Anmerkungen vorzubringen. Gleichzeitig werde ihnen dort auch der genaue Zeitplan mitgeteilt, insbesondere wann die entsprechenden Teams verfügbar seien, um mit den Arbeiten zu beginnen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

07. Finanzen

A. Abrechnungen für außerordentliche Arbeiten: Genehmigung

Schöffe Lang führt aus, dass es sich hier um bereits abgeschlossene Arbeiten betreffend den außerordentlichen Haushalt handele. Die erste Abrechnung betreffe das Konzept rund um die Spielplätze der Gemeinde, sowohl das Inventar als auch neue Spielplätze, und belaufe sich auf 104 581,67 Euro. Bei der zweiten Abrechnung handele es sich um die Wohnsiedlung Rilspert, betreffend die Infrastrukturarbeiten und belaufen sich auf 519 811,60 Euro. Bei der dritten Abrechnung gehe es um die Arbeiten im Jugendhaus, um dieses PEM-gerecht einzurichten und den entstandenen Wasserschaden zu beheben. Hier erhalte man eine Subvention vom zuständigen Ministerium in Höhe von 113 057,48 Euro. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 228 617,93 Euro. Die vierte Abrechnung betreffe die Hochwasserschutzmaßnahme an der Aalbaach. Die Kosten belaufen sich auf 62 899,66 Euro. Die letzte Abrechnung betreffe den Transformationsposten „Bei der Gemeng“, da es mit dem bisherigen nicht ausgereicht habe, dies in Höhe von 349 595,67 Euro.

Rätin Schares fragt nach, ob die gesamte Analyse der Spielplätze zur Verfügung gestellt werden könne.

Bürgermeister De Smet merkt an, dass man diese nachreichen werde.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

08. Stadtplanung

A. Teilbebauungsplan „Rue de la Pétrusse“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um den Teilbebauungsplan „rue de la Pétrusse“ handele. Dieser PAP habe eine lange Vorgeschichte, insbesondere aufgrund der Problematik des Hochwassers. Am 7. Oktober 2022 sei die Abstimmung vertagt worden, da Unterlagen gefehlt hätten, insbesondere eine hydrologische Studie. Nachdem der geforderte Bericht vorgelegen habe, habe dieser klar aufgezeigt, dass der PAP in der damals vorgesehenen Form zu einer Verschärfung der Situation geführt hätte, sowohl für die künftigen Bewohner als auch für die umliegenden Anwohner. Am 24. Mai 2024 habe der Gemeinderat den PAP aus genau diesen Gründen abgelehnt. Bereits damals sei angedeutet worden, dass nach alternativen Bauweisen gesucht werde, insbesondere nach Lösungen wie einer Bebauung auf Stelzen. Im Januar 2025 habe eine Sitzung auf der Plattform des Innenministeriums stattgefunden, an der Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes, der Umweltverwaltung, der Architekt sowie die Gemeinde teilgenommen hätten, um die vorgeschlagenen Änderungen zu diskutieren. Am 17. September 2025 sei im Rahmen einer Präsentation in der Arbeitsgruppe des Gemeinderates der neue, auf Stelzen basierende Entwurf vorgestellt worden. Es handle sich um ein Grundstück von 27,02 Ar, gelegen in einer HAB-1-Zone mit Überlagerung durch eine „Zone Nouveau Quartier“ sowie teilweise in einer urbanistischen Dienstbarkeit im Bereich eines Wasserlaufs. Vorgehen seien sechs Lose für Wohnzwecke: ein freistehendes Einfamilienhaus, zwei Doppelhaushälften sowie drei Einheiten in einem kleinen Mehrfamilienhaus, wobei sämtliche Gebäude auf Stelzen errichtet werden sollten. Die Baukommission habe dem Projekt ebenfalls zugestimmt. Der Schöffenrat habe den PAP anschließend gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in das Verfahren gegeben. Das Projekt habe vom 15. November 2025 bis zum 15. Dezember 2025 im Rathaus eingesehen werden können, wobei in diesem Zeitraum auch Anmerkungen oder Einwände hätten eingereicht werden können. Die cellule d'évaluation des zuständigen Ministeriums habe ebenfalls grünes Licht gegeben, die Konformität bestätigt und – ebenso wie das Wasserwirtschaftsamts – keine weitergehenden Bemerkungen gemacht, abgesehen von rein textlichen Anmerkungen. Zudem seien zwei Reklamationen eingegangen, die teilweise denselben Punkt betroffen hätten, nämlich den nicht optimalen Zugang zu den dahinter liegenden Feldern. Diesem Anliegen sei Rechnung getragen worden, indem der Standort für die

Müllbehälter des kleinen Mehrfamilienhauses verlegt worden sei, sodass auch ein Traktor den Zugang nutzen könne. Ein weiterer Punkt habe eine mögliche Erweiterung des Siedlungsbereichs in Richtung der Felder betroffen. Dieser Bereich sei jedoch derzeit nicht als Bauzone ausgewiesen, und der aktuelle Schöfferrat sei auch nicht gewillt, in diese Richtung eine Öffnung vorzunehmen. Darüber hinaus seien verschiedene Einschränkungen vorgesehen, insbesondere hinsichtlich der Materialwahl, bei der auf wasserdurchlässige Materialien geachtet werden solle. Auch Gartenhäuschen sowie geschlossene Einfriedungen seien nicht zulässig. Die wichtigste Aussage sei jedoch, dass durch diese Anpassungen keine Verschlechterung der Situation für die umliegenden Anwohner mehr zu erwarten sei, da das Wasser künftig frei unter den einzelnen Baukörpern zirkulieren könne.

Rätin Schares führt aus, dass es sich um ein spezielles Projekt handle und man müsse Vertrauen in die vielen Studien dazu haben, dass sich die Wohnsituation für keinen hier verschlechtere. Sie befürwortet auch, dass man den Reklamationen Rechnung getragen habe.

Bürgermeister De Smet stimmt Rätin Schares zu, dass man den Studien vertrauen müsse. Man habe der Situation Rechnung getragen. Die Reklamation bezüglich der Erweiterung sei in diesem Kontext nicht zulässig, da diese nicht den PAP selbst betreffe.

Rat Weirich fügt an, dass dieses Bauprojekt vielen Menschen, aufgrund des an dieser Stelle möglichen Hochwassers, Sorgen und Kopfzerbrechen bereitet habe, sowohl den Nachbarn, der Gemeindeverwaltung als auch dem Gemeinderat. Man habe versucht, für alle ein offenes Ohr zu haben, die Bedenken ernst zu nehmen, zusätzliche Studien angefertigt und nach umsetzbaren Lösungen zu suchen. Auch die Eigentümer seien bereit gewesen, ihr Bauprojekt den Gegebenheiten anzupassen. Insofern habe man alles getan, um böse Überraschungen auszuschließen und man könne hier ohne Bedenken von einer Beteiligungspolitik sprechen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man dies bei allen Projekten durchführe und ein offenes Ohr für die Bedenken der Anwohner habe. Es sei einfacher, gemeinsam Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.

Rätin Schuster schließt sich ihren Vorrednern an. Es sei wichtig, bei solchen Projekten den Bürgern Gehör zu schenken und eine Kommunikation stattfinden zu lassen. Auch die Studien, die man nachträglich noch verlangt habe, seien nicht von ungefähr.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Punktuelle Änderung des PAG „Site CDV, Route de Longwy“: Einleitung des Verfahrens

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei dieser punktuellen Änderung des PAG um den Standort des „Centre pour le développement des compétences relatives à la vue“ handle. Die staatliche Einrichtung beabsichtige, auf ihrem Gelände verschiedene Arbeiten durchzuführen. Dazu gehörten unter anderem Maßnahmen zur Anpassung an die geltenden Brandschutzvorschriften, insbesondere die Schaffung von Wendemöglichkeiten für die Feuerwehr, sowie die Errichtung von Gebäuden, die barrierefrei und für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich seien. Darüber hinaus seien Erweiterungsarbeiten vorgesehen, unter anderem für einen ökologischen Parkplatz, einen sogenannten Verkehrsgarten für Menschen mit Sehbeeinträchtigung sowie zusätzliche administrative Räumlichkeiten. All diese Maßnahmen würden als sinnvoll und notwendig erachtet, um die betroffenen Personen bestmöglich zu unterstützen. Es werde darauf hingewiesen, dass bereits der vorherige Schöfferrat ein entsprechendes Engagement gezeigt habe

und man den staatlichen Instanzen keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Derzeit liege die betreffende Fläche teilweise innerhalb des Bauperimeters in einer „Zone mixte urbaine“ und teilweise außerhalb in einer landwirtschaftlichen Zone. Es werde vorgeschlagen, die Fläche für den Um- und Ausbau als BEP-1-Zone auszuweisen und jene Flächen, die für den Parkplatz und den Verkehrsgarten benötigt würden, als spezielle BEP-CDV-Zone zu klassifizieren.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass für diese BEP-CDV-Zone bestimmte Vorgaben vorgesehen seien, darunter leichte Baukonstruktionen, Beleuchtungssysteme mit Bewegungssensoren im Hinblick auf die Anwesenheit von Fledermäusen sowie eine nach unten gerichtete Beleuchtung. Zusätzlich sollten Dienstbarkeiten ausgewiesen werden, um ökologisch sensible Bereiche besonders zu schützen und deren Nutzung einzuschränken. Parallel dazu müsse auch die Abgrenzung des PAP „Quartiers existants“ angepasst werden. Eine Befreiung von der zweiten SUP sei beantragt und vom Umweltministerium als nicht erforderlich erachtet worden, allerdings unter bestimmten Auflagen, insbesondere der Eintragung verschiedener Dienstbarkeiten im Bereich der Begrünung und des Gewässerschutzes. Dazu gehörten unter anderem eine Dienstbarkeit zur landschaftlichen Integration, die den Erhalt natürlicher Elemente sowie die Bepflanzung mit Bäumen, Sträuchern und Obstbäumen auf 80 % der betroffenen Fläche vorsehe, sowie eine Dienstbarkeit im Zusammenhang mit Wasserläufen. Im Rahmen der ersten Phase der SUP seien zudem weitere geschützte Biotope und Lebensräume festgestellt worden, die es zu erhalten gelte und die entsprechend im PAG berücksichtigt werden müssten. Abschließend weist er darauf hin, dass am 10. März 2026 um 18:30 Uhr eine Informationsversammlung im Rathaus stattfindet.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

09. Natur

A. Vorstellung der Jahresbilanz des Klimapakts

Bürgermeister De Smet führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um die Vorstellung der Jahresbilanz des Klimapaktes handle. Im Rahmen des Klimapakts gebe es insgesamt 63 Maßnahmen, die sich auf sechs verschiedene Bereiche verteilten. Die maximal erreichbare Punktzahl liege bei 498 Punkten. Es handle sich um ein freiwilliges Engagement zwischen der Gemeinde, dem Staat und der „Klima-Agence“. Mit diesem Engagement habe die Gemeinde jedoch auch verschiedene Verpflichtungen übernommen, die sie erfüllen müsse, darunter die Einrichtung eines Klimateams, die Benennung eines Klimaschöffen, die Führung einer Energiebuchhaltung sowie weitere Maßnahmen. In Bezug auf die Entwicklung werde erläutert, dass man im Jahr 2022 bei 51,3 % gelegen habe und schließlich 59 % erreicht habe. Im vergangenen Jahr sei eine neuerliche Prüfung durchgeführt worden, bei der man aktuell bei 61,2 % liege. Für die nächste Zertifizierung fehlten somit noch 3,8 %, wobei man zuversichtlich sei, dieses Ziel noch im Laufe des Jahres zu erreichen. In allen sechs Kategorien habe man deutliche Fortschritte erzielt, was das Engagement im Bereich Klimaschutz unterstreiche. Anhand verschiedener Indikatoren, die auf Zahlen aus dem Jahr 2024 basierten, lasse sich erkennen, ob man sich auf dem richtigen Weg befinde. Beim Heizenergieverbrauch sei man derzeit auf Kurs, um die Zielwerte bis 2030 zu erreichen. Im Bereich der erneuerbaren Wärme habe man durch den Anschluss des BHKW einen großen Fortschritt erzielt, sodass man ab 2025 bei etwa 75 % liegen werde und damit das Ziel für 2030 von 30 % bereits übertroffen habe. Beim Stromverbrauch könne derzeit keine verlässliche Aussage getroffen werden, da Fehler in den Daten festgestellt worden seien, die aktuell gemeinsam mit dem Stromlieferanten aufgearbeitet würden; diese seien jedoch nicht unbedingt der Gemeinde zuzuschreiben. Auch beim elektrischen Fuhrpark liege man auf den ersten Blick unter den gesetzten Zielen,

was jedoch nachvollziehbar sei, da noch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor im Einsatz seien, die sich in gutem Zustand befänden. Bürgermeister De Smet betont, dass man diese zunächst weiter nutzen und erst bei Bedarf durch elektrische Alternativen ersetzen wolle, um ressourcenschonend zu handeln, auch wenn dies kurzfristig zu weniger günstigen Kennzahlen führe. Bei der Photovoltaikleistung liege man leicht unter dem Potenzial, jedoch seien zahlreiche Anträge in Bearbeitung, sodass man davon ausgehe, das gesetzte Ziel ohne Schwierigkeiten zu erreichen. Beim Wasserverbrauch werde darauf hingewiesen, dass dieser unter anderem durch Waschanlagen und private Schwimmbäder beeinflusst werde.

Bürgermeister De Smet hebt hervor, dass im Klimateam insgesamt viel Arbeit geleistet worden sei, wobei insbesondere die Klimaberater sowie das Gemeindepersonal – namentlich Christian Cloos und inzwischen auch Véronique Linden – einen großen Anteil am aktuellen Stand hätten. Für das Jahr 2026 liege man derzeit bei 58,2 %, es zeichne sich jedoch ab, dass man etwa 65 % erreichen werde, ein Ziel, das ursprünglich erst für 2030 vorgesehen gewesen sei. Der Aktionsplan zeige jedoch auch, dass weiterhin viel zu tun bleibe und es nicht an Ideen fehle, um die Arbeit fortzusetzen und die gesteckten Ziele zu erreichen. Er will zudem betonen, dass sich die Gemeinde bereits seit langem für den Klimaschutz einsetze, nicht in erster Linie, um Punkte im Klimapakt zu sammeln, sondern aus Überzeugung, auch wenn die damit verbundenen Investitionen mitunter erheblich seien.

Rat Rauchs ist erfreut über die ausführliche Präsentation. Er begrüßt, dass der Schöffenrat der Kommission und dem Klimapakt die notwendige Wertigkeit gebe und man sich auch weiterhin dafür einsetze. Die Kommission bestehe aus engagierten und motivierten Bürgern sowie externen Experten. Es kämen viele gute Ideen auf den Tisch. Man sei bei den Zielsetzungen immer etwas zaghaft gewesen. Man habe sich lange auf den Punkten vom Shared Space und Sicona ausgeruht. Punkte seien bei weitem nicht alles, jedoch zeigen diese trotzdem den Einsatz. Man könne sich bei anderen Gemeinden inspirieren. Man solle der Kommission ein politisches Signal geben, um gegebenenfalls schon vor 2030 auf die angestrebten 65% zu kommen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass es sich hier um den Klimapakt 2.0 handele. Zuvor habe es den Klimapakt 1.0 gegeben, bei dem Bartringen auch schon einen guten Punktwert erzielt habe. Dadurch sei es beim Klimapakt 2.0 schwerer geworden, schneller vorwärtszukommen.

Rat Colabianchi ergänzt, dass der Shared Space sicher viele Punkte eingebracht habe. Man habe dieses Projekt aber nicht wiederholt vorbringen können, da man sich immer ein neues Leuchtturmprojekt aussuchen müsse. Die Kommission habe es sich nicht leicht gemacht, um ein neues Hauptprojekt zu finden. Die Taktik des Schöffenrats, langsam, aber konsequent weiterzuarbeiten, sei der richtige Weg. Sicher sei auch, dass es mit der Zeit und auch angesichts neuer Spielregeln immer schwieriger werde, die notwendigen Punkte zu erzielen, um in eine höhere Bewertungskategorie zu kommen.

Rätin Smit-Thijs fügt an, dass man manchmal Opfer des eigenen Erfolges sei. Bei verschiedenen Projekten habe man vorgearbeitet, wie zum Beispiel bei der Umstellung auf LED-Beleuchtung bevor hiervon beim Klimapakt die Rede gewesen sei. Um später die Kriterien des Klimapaktes zu erfüllen, hätte man alles ersetzen müssen, was wiederum weder klima- noch kosten-technisch zu verantworten gewesen sei.

Rätin Schuster gibt an, dass sie Mitglied besagter Kommission sei. Viele Ideen werden hervorgebracht und auch ausgearbeitet. Man dürfe jedoch auch den finanziellen Aspekt nicht außer Acht lassen. Sie wolle noch einmal auf den

Shared Space zurückkommen. Der Shared Space war über etliche Jahre das Leuchtturmprojekt und wir werden weitere haben.

Rat Weirich merkt an, dass er der Verwaltung ein großes Lob für die Präsentation aussprechen wolle.

Schöffe Miller antwortet Rätin Schuster, dass jede Investition in die Zukunft eine gute Investition sei.

Rätin Schares fragt nach, ob man die Dokumente auch zur Verfügung stellen könne, nicht nur über die Plattform, damit diese länger verfügbar seien.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

10. Beratende Kommissionen

A. Beratende Kommissionen 50+: Ersetzen eines Mitglieds

Bürgermeister De Smet erklärt, dass Filomena Nunes Duarte Dos Santos einstimmig als Mitglied für die Kommission 50+ gewählt wurde. Sie ersetzt Francine Moro-Oliveira Costa.

11. Verkehr

A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der Cité Pourpelt handele, die vom 17. bis zum 27. Februar 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der Cité Millewee handele, die vom 13. Februar bis zum 17. April 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue Atert handele, die vom 13. Februar bis zum 13. März 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue Charles Schwall handele, die vom 16. Februar bis zum 6. März 2026 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Dippach handele, die vom 9. Februar bis zum 30. April 2026 gelte.

Ende der Sitzung: 12.00

LE CONSEIL COMMUNAL

DP



Yuri De Smet (*bourgmestre*)



Marc Lang (*échevin*)



Frank Colabianchi (*conseiller*)



Monique Smit-Thijs (*conseillère*)



Francine Moro Oliveira Costa
(*conseillère*)



Nadine Philippe (*conseillère*)



Mariette Gallmeister (*conseillère*)

Déi Gréng



Roger Miller (*échevin*)



Stefan Globber (*conseiller*)

CSV



Nadine Schares (*conseillère*)



Guy Weirich (*conseiller*)



Marc Rauchs (*conseiller*)

LSAP



Yolande Schuster (*conseillère*)

PROCÈS-VERBAL DE LA RÉUNION DU CONSEIL COMMUNAL

DU 27 FÉVRIER 2026 À 8H30

Présents :

DP

Youri DE SMET (bourgmestre)
Marc LANG (échevin)
Monique SMIT-THIJS (conseillère)
Frank COLABIANCHI (conseiller)
Francine MORO (conseillère)
Nadine PHILIPPE (conseillère)
Mariette GALLMEISTER (conseillère)

déi gréng

Roger MILLER (échevin)
Stefan GLOBER (conseiller)

LSAP

Yolande SCHUSTER (conseillère)

CSV

Nadine SCHARES (conseillère)
Guy WEIRICH (conseiller)
Marc RAUCHS (conseiller)

Georges FRANCK (secrétaire communal)

Excusée : /

ORDRE DU JOUR

En séance publique :

01. | Approbation de l'ordre du jour

En séance à huis clos :

02. | Personnel communal
A. Personnel communal : nomination d'un fonctionnaire communal

En séance publique :

03. | Informations et correspondance
04. | Règlements
A. Règlement communal relatif à la mise à disposition de logement pour jeunes : approbation
B. Règlement-tarif concernant le prix d'un repas de la cantine scolaire pour le personnel communal : approbation
05. | Actes notariés, contrats et conventions
A. Contrat de bail 8 rue de la Fontaine : approbation
B. Contrat de bail pour un logement abordable 8 rue de la Fontaine : approbation
C. Contrat de bail 12 route de Longwy : approbation
D. Convention d'exécution du projet d'aménagement particulier « Brill » : approbation
E. Convention « Meng Gemeng leeft Sport » : approbation

F. Convention relative au réaménagement et extension du parking P&R en gare de Bertrange-Strassen : approbation

G. Actes notariés : approbation

06. | Projets

- A. Devis relatif à la transformation de la salle polyvalente au Centre Atert : approbation
B. Devis relatif au réaménagement de la rue Rilspert : approbation

07. | Finances

A. Décomptes de projets extraordinaires : approbation

08. | Urbanisme

- A. Projet d'aménagement particulier « rue de la Pétrusse » : approbation
B. Modification ponctuelle du PAG « Site CDV, route de Longwy » : mise en procédure

09. | Nature

A. Présentation du bilan annuel du Pacte Climat

10. | Commissions consultatives

A. Commission consultative 50+ : remplacement d'un membre

11. | Circulation

A. Confirmation de règlements de circulation d'urgence



En séance publique :

01. Approbation de l'ordre du jour

Monsieur le bourgmestre De Smet demande aux conseillers communaux s'ils approuvent l'ordre du jour.

Le conseil communal approuve l'ordre du jour à l'unanimité.

En séance à huis clos :

02. Personnel communal

A. Personnel communal : engagement d'un employé communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

En séance publique :

03. Informations et correspondance

M. le bourgmestre De Smet indique que Jil Hamm a été élue en séance à huis clos au poste vacant du service culturel. Elle prendra ses fonctions le 1er avril 2026.

M. le bourgmestre De Smet expose en outre avoir reçu les statistiques du système d'autopartage FLEX pour 2025. Les statistiques de 2024 y sont également jointes à des fins de comparaison. L'on peut clairement affirmer que ce service est très bien accueilli et surtout largement utilisé par les citoyens. En cas de besoin, il sera développé davantage, afin que les citoyens ne se voient pas obligés d'acheter leur propre voiture, mais puissent recourir au système d'autopartage qui s'avère finalement moins coûteux qu'une voiture personnelle.

En ce qui concerne les bornes de recharge SWIO, M. le bourgmestre De Smet indique que les statistiques relatives aux bornes de recharge électriques sur le territoire de la commune sont également disponibles. Au total, il existe 11 stations différentes, chacune dotée de 2 points de recharge, 7 de ces stations pouvant être élargies à 4 points de recharge. Il a été souligné que la plupart de ces stations ont été bien accueillies par les citoyens. De manière générale, on a constaté que l'utilisation des bornes de recharge augmente, en particulier à proximité des immeubles résidentiels. Par ailleurs, il est prévu d'analyser d'autres demandes émanant des citoyens et, le cas échéant, de les mettre en œuvre.

M. le bourgmestre De Smet explique que Youth&Work est un service proposé depuis plusieurs années aux jeunes qui se trouvent dans des situations de vie précaires et éprouvent des difficultés à trouver une formation ou un emploi. Il précise que cette offre est volontaire et gratuite et qu'elle vise à proposer à ces jeunes un encadrement, dans le cadre duquel ils sont coachés afin qu'ils puissent se sortir de leur situation. Dans la commune de Bertrange, 12 jeunes au total ont bénéficié de cette offre en 2025, ce qui représente une augmentation considérable par rapport aux années précédentes. Il s'avère que 4 d'entre eux ont trouvé soit un emploi, soit décroché un contrat d'apprentissage, ce qui leur a permis de sortir de leur situation délicate. Six d'entre eux sont toujours à la

recherche d'une solution et s'emploient à améliorer leur situation, tandis que pour 2 autres, une analyse de la situation est toujours en cours. Il a également été mentionné que les prises de contact se font de manière très variée, notamment par l'intermédiaire des services sociaux, de la presse, de foires de l'emploi ou encore par le biais d'anciens participants. L'on a souligné que la plupart d'entre eux avaient un diplôme de fin d'études secondaires et qu'environ la moitié n'était pas inscrite à l'ADEM. Il désire conclure en précisant qu'il s'agit en l'espèce d'un service que la commune continuera à soutenir afin d'accompagner ceux parmi les jeunes, qui ont le plus besoin de cette assistance.

M. le bourgmestre De Smet poursuit en expliquant que la commune a répondu à l'appel à projets lancé par le ministère de l'Économie et le ministère de l'Environnement, et que l'un des deux projets a été retenu. Il expose que ce projet relève de la catégorie « mobilité » et vise à développer, à l'aide de l'intelligence artificielle, un outil permettant de collecter en continu des données dans le Shared Space ainsi que sur les parkings du centre du village et de mieux analyser le flux de circulation. Outre les voitures, les vélos, les piétons et autres usagers de la route seront pris en compte. Il souligne que cette collecte de données va au-delà d'un simple comptage ponctuel de véhicules, alors que tous les usagers de la route sont pris en compte, ce qui permet de tirer des conclusions concrètes et d'en déduire les mesures appropriées. Il explique que cet outil est également censé servir à une analyse plus détaillée du taux d'occupation des places de stationnement, à mieux comprendre les comportements de stationnement et à mettre en œuvre, sur cette base, des mesures concrètes, telles qu'un système de guidage de stationnement. Grâce à des « cartes thermiques », il sera en outre possible de déterminer les zones du Shared Space à forte et celles à faible fréquentation. Il tient à souligner que cet essai pilote innovant illustre le rôle de pionnier que la commune souhaite continuer à assumer.

À ce jour, le nombre de résidents est de 9.555.

L'encaisse communale s'élève à 15,7 millions d'euros.

04. Règlements

A. Règlement communal relatif à la mise à disposition de logement pour jeunes : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que l'ordre du jour comporte deux points concernant le logement des jeunes. Il souhaite commencer par le règlement qui en définit le cadre et les conditions. Il souligne qu'il s'agit d'un sujet très important qui tient à cœur à tous les conseillers communaux, et que le collège échevinal recherche activement des moyens afin d'offrir aux jeunes de la commune la possibilité et la perspective de continuer à vivre dans leur commune et d'y construire leur avenir. Il précise que l'offre s'adresse aux jeunes âgés de 18 à 30 ans qui se trouvent encore à l'école secondaire, en formation ou à l'université, voire à ceux qui travaillent déjà. Il est important de noter que la priorité est donnée aux jeunes résidents de Bertrange. L'inscription se fait via un formulaire disponible sur le site Internet ainsi que par l'intermédiaire du service de logement. Lorsqu'une chambre se libère, les candidats suivants peuvent postuler, dans la mesure où il n'existe pas de liste d'attente. Il y aura lieu de verser une caution équivalente à un mois de loyer. Le montant du loyer est calculé exclusivement en fonction de la taille de la chambre, à raison de 30 euros par mètre carré. Il fait remarquer que ce prix s'entend tous frais compris, à savoir électricité, eau, Internet et chauffage, de sorte qu'il n'existe pas de charges supplémentaires et que l'on peut donc clairement parler de logement abordable. Les chambres sont équipées d'un lit, d'un matelas, d'un bureau, d'une armoire et d'une chaise de bureau.

M. le bourgmestre De Smet précise que ce règlement s'applique également en cas de non-paiement. Si tel est le cas, l'on cherchera en premier lieu des



solutions avec la personne concernée avant de prendre des mesures. Un jeune pourra occuper la chambre ou l'appartement tant qu'il remplit les conditions. Les parties communes doivent être nettoyées et entretenues par les occupants eux-mêmes ; un règlement intérieur régira par ailleurs la bonne cohabitation. Pour conclure, il explique que ce règlement communal couvrira également les futurs projets destinés aux jeunes et que la commune s'emploie à rechercher activement des solutions aux défis auxquels la jeunesse d'aujourd'hui se voit confrontée.

Mme la conseillère Schares partage l'avis du bourgmestre De Smet, selon lequel il s'agit ici d'une mesure importante pour offrir aux jeunes la possibilité de continuer à habiter dans la commune. Il est clairement précisé qu'il s'agit d'une solution de logement réservée aux jeunes. Et ce, non seulement, comme elle l'avait supposé au départ, à l'intention des élèves et étudiants, mais aussi à celle des jeunes actifs. Elle salue également le fait qu'ils ne doivent pas se réinscrire à chaque fois, mais restent inscrits sur la liste d'attente. Le loyer de 30 euros par mètre carré concerne donc uniquement la chambre louée, les parties communes n'entrant pas en compte. Étant donné que l'âge constitue l'une des conditions, elle se pose la question si les jeunes seront mis à la porte à 30 ans.

M. le bourgmestre De Smet répond que ce critère n'est pas appliqué de manière aussi stricte, c'est-à-dire que la personne concernée ne devra pas quitter le logement dès le lendemain. Il y aura une période de transition.

Mme la conseillère Schuster déclare vouloir faire une proposition d'amélioration concernant l'article 7.1. Les termes « indemnité d'occupation » et « loyer » étant utilisés parallèlement, l'on pourrait opter ici pour un seul terme, à savoir « indemnité d'occupation ». Elle a par ailleurs une question concernant l'article 8. Pour le cas où un jeune locataire trouverait un autre logement à louer voire acheter, quel serait le délai dans lequel il pourrait sortir du contrat conclu, étant donné que rien n'est précisé à ce sujet dans le contrat ? Elle souligne qu'elle salue elle aussi cette initiative, car il est actuellement tout sauf facile pour les jeunes de trouver un logement abordable.

M. le bourgmestre De Smet fait remarquer que, même si cela n'est pas explicitement prévu à l'article 8, l'on n'entend pas mettre des bâtons dans les roues à qui que ce soit, mais plutôt aborder la question de manière sensée. Sous réserve de l'accord de tous les conseillers communaux, il sera ajouté une clause prévoyant un préavis d'un mois. Il existe certes des chambres à louer, mais pas au prix fixé en l'occurrence.

M. le conseiller Rauchs fait remarquer que les demandes en ce sens seront certainement nombreuses. L'on souhaite d'une part donner la priorité aux jeunes de Bertrange, tout en suivant la liste d'attente. Comment cela pourrait-il se faire dans la pratique ? Donnera-t-on tout de même la priorité aux jeunes résidents de Bertrange, même si d'autres demandes sont mieux placées sur la liste d'attente ?

M. le bourgmestre De Smet explique que cette question a précisément déjà fait l'objet de discussions. Les candidatures reçues seront analysées. Étant donné que le règlement stipule que la commune donne la préférence aux habitants de Bertrange, c'est ainsi que l'on procédera, même si une personne non-résidente figure plus haut sur la liste d'attente.

M. le conseiller Weirich souhaite replacer ce point dans un contexte plus large. Cela fait longtemps que la commune se voit confrontée au fait que les jeunes quittent Bertrange en raison des prix de logement élevés et inabornables pour eux. À cet égard, ce projet contribue à ce que les jeunes de Bertrange puissent y rester plus longtemps et, le cas échéant, poursuivre leur engagement dans les associations. S'appuyant sur un article de la presse quotidienne intitulé « Die Gemeinden sind der Schlüssel zur Wohnungsfrage » (Les communes jouent un

rôle clé dans la question du logement), qui traite du logement abordable, le projet présenté est pièce supplémentaire du puzzle de la commune, qui investit depuis un certain temps déjà de manière accrue dans le logement abordable. Il faudrait toutefois que tous les acteurs s'engagent activement pour réduire la pénurie de logements : outre les communes, l'État et les propriétaires sont également appelés à agir. M. le conseiller Weirich souhaite connaître le planning en la matière : quand ce logement sera-t-il disponible, où se trouve-t-il et quel est le nombre de chambres disponibles. Il insiste également pour que le critère social soit pris en compte lors de l'attribution.

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit concrètement du projet dans la route de Longwy. Sans vouloir anticiper, il s'agit d'une maison inoccupée. Dès que la commune a connaissance de tels biens immobiliers, elle tente de trouver une solution avec les propriétaires afin de les relouer en tant que logements abordables. Cinq logements ont déjà été achetés, et il est prévu d'investir à l'avenir la somme considérable de sept millions d'euros à cette fin. Il ne faut pas non plus oublier que les logements abordables ne sont pas seulement destinés aux familles, mais aussi aux jeunes. La commune est consciente de sa responsabilité et espère que davantage de propriétaires de logements inoccupés se manifesteront auprès d'elle.

M. l'échevin Miller fait référence à l'article de journal cité par M. le conseiller Weirich. Comme l'a déjà évoqué M. le bourgmestre De Smet, la commune compte également sur la coopération des propriétaires. Ce n'est que de cette manière qu'elle pourra faire avancer les choses. Cela pourrait constituer une solution à court terme à un problème long et complexe.

M. le conseiller Colabianchi ajoute qu'il ne s'agit nullement du premier projet de ce type. Ces réalisations semblent souvent fastidieuses, ce en grande partie en raison d'obstacles administratifs. Il tient à souligner que la commune a déjà déployé des efforts considérables par le passé, notamment avec le quartier « An Eechels », où les habitants de Bertrange étaient également prioritaires, l'immeuble « Beim Schlass » et le quartier « A Rilspert ». Aujourd'hui, on parle de logements abordables, un terme qui a souvent évolué au fil des années, sans que le fond du problème ne change pour autant. Il s'agit de trouver différentes solutions, afin de lutter efficacement contre cette situation d'urgence dans le domaine du logement. Le fait est qu'il n'existe pas de solution miracle.

Dans ce contexte, M. le bourgmestre De Smet souhaite également donner un aperçu des réalisations à venir. Il y a plusieurs années déjà qu'un projet avait été voté concernant la rue de Dippach ; ce projet devrait démarrer à la fin de cette année, ou au plus tard au début de l'année prochaine, en collaboration avec le Fonds du Logement. Ce projet sera également régi par le présent règlement.

M. le conseiller Weirich est d'avis qu'il manque un critère dans le règlement. Il souhaiterait que le critère social soit également pris en compte et que la priorité soit donnée aux jeunes en situation précaire.

M. le bourgmestre De Smet répond qu'il ne s'agit pas en l'espèce de logements encadrés pour jeunes. Dans une telle structure, un éducateur est présent sur place pour encadrer les jeunes. Il existe également dans la commune des structures de ce type, gérées par d'autres associations. Le critère social ne sera toutefois pas négligé.

Ce point est adopté à l'unanimité.



B. Règlement-tarif concernant le prix d'un repas de la cantine scolaire pour le personnel communal : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici du règlement tarifaire concernant le prix d'un repas de la cantine scolaire pour le personnel communal. L'objectif est de donner au personnel travaillant pour la commune la possibilité d'acheter quotidiennement un repas au prix coûtant, préparé sur place au SEA. À la demande du personnel, un sondage a été réalisé afin d'évaluer l'intérêt d'une telle initiative, et il est clairement ressorti du sondage qu'une telle offre était souhaitée. C'est la raison pour laquelle il convient d'adopter un règlement tarifaire. Le prix s'élève à 6,5 euros hors TVA, soit 6,7 euros TVA comprise par repas commandé, et sera facturé mensuellement. Le repas se compose d'un plat principal et d'un morceau de pain. Le dossier contient également un avenant au contrat initial, dans lequel diverses dispositions sont réglées de manière plus détaillée. M. le bourgmestre De Smet indique en outre que l'exploitation par Sodexo a été assurée du 1er septembre 2025 au 31 août 2028 dans le cadre d'un appel d'offres.

Mme la conseillère Schares souhaite savoir s'il y a eu une demande de la part du personnel à ce sujet. Il existe sur place une grande cuisine centrale pour la préparation des repas. Le règlement stipule que les repas commandés sont livrés sur trois sites. Cela est-il vraiment nécessaire, et ne serait-il pas plus judicieux que les repas soient retirés directement auprès du SEA ? Elle souhaite également savoir combien de temps à l'avance il faut passer commande et si le menu est le même que celui préparé pour les enfants. Elle a jeté un coup d'œil sur le choix des menus et a constaté avec effarement que ceux-ci n'étaient pas vraiment sains. D'autres parents l'ont également alertée à ce propos. S'il est vrai que l'on propose aux enfants un fruit en dessert, il y a aussi toujours des desserts sucrés comme des muffins, des tartines à la confiture, des croissants ou autres. Ne serait-il pas possible de recourir à des alternatives plus saines ?

M. le bourgmestre De Smet réplique que la planification se fait sur six semaines, en tenant compte entre autres de produits régionaux, saisonniers et biologiques. Le personnel communal doit passer commande deux jours à l'avance. Les repas sont ensuite livrés par le personnel du service « Repas sur roues » aux trois sites différents, sans aucune charge supplémentaire. Pour ce qui est du dessert ou des snacks mentionnés, l'on s'efforce de maintenir un équilibre.

Mme la conseillère Moro ajoute que le menu est contrôlé par la direction et élaboré en collaboration avec les enfants. Une fois par semaine, il est prévu une « journée des enfants » avec le menu choisi par les enfants. Le dessert est lui aussi toujours préparé sur place, et les enfants ont toujours à leur disposition une grande variété de fruits et de légumes.

M. le conseiller Colabianchi fait remarquer que l'offre est fraîche, équilibrée et saine. Si sa mémoire ne lui fait pas défaut, la planification des menus se fait également en collaboration avec une diététicienne. Même si les enfants ont leur mot à dire, il est attaché une grande importance à une alimentation saine et équilibrée.

Mme la conseillère Schares réplique avoir examiné le programme de cette semaine. Elle ne doute pas que l'on utilise des produits régionaux et frais, ni que l'on propose suffisamment de fruits et de légumes aux enfants. Cependant, outre ces produits sains, il y a trop d'alternatives sucrées, sur lesquelles les enfants préfèrent porter leur choix. À une époque où le surpoids chez les enfants constitue un problème majeur, il faut lutter contre ce phénomène partout où cela est possible. Si l'on considère uniquement le menu de cette semaine, l'on y trouve de la crème à la vanille, des beignets et du fromage frais sucré. En tant que snacks, il y a des muffins, des petits pains salés ou des tartines à la confiture ; le pain est lui aussi à base de farine de blé et n'est pas forcément sain. Si l'on laisse le choix aux enfants, l'on connaît les collations vers lesquelles ils se tournent, qui ne sont pas les alternatives saines.

M. le bourgmestre De Smet répond que la commune n'a pas encore reçu de réclamations à ce sujet. Si tel devait être le cas, sa porte reste toujours ouverte.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

05. Actes notariés, contrats et conventions

A. Contrat de bail 8 rue de la Fontaine : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne les locaux de l'ancien médecin scolaire, situés rue de la Fontaine, qui doivent être reloués. Après analyse par le collège échevinal, l'on est parvenu à la conclusion que ces locaux pourraient être utilisés de manière encore plus efficace si un cabinet médical s'y installait de manière permanente. Le médecin scolaire ainsi que le service de consultation pour nourrissons et jeunes enfants se sont vu proposer des alternatives adéquates, aménagées en conséquence. Ainsi, le médecin scolaire a obtenu des locaux appropriés dans l'école « Beim Schloss », tandis que le service de consultation pour nourrissons a été installée dans la Schauwenburg ; cette consultation a lieu les deuxièmes et quatrièmes mercredis du mois de 9h00 à 11h30 et s'adresse aux enfants âgés de 0 à 4 ans. Comme d'habitude, un appel à candidatures a été lancé, à l'issue duquel le choix s'est finalement porté sur le Dr Majchrzak. Le médecin est originaire de Bertrange, ce qui présente certains avantages. Il s'agit d'une jeune médecin spécialiste en endocrinologie et en diabétologie, ce qui souligne la volonté de continuer à attirer différentes spécialités à Bertrange et, en particulier, de donner aux jeunes médecins la possibilité de s'y établir. Les citoyens bénéficient bien sûr eux aussi de cette offre médicale diversifiée.

M. le bourgmestre De Smet précise que le local a une surface d'environ 90 m² et qu'il est loué pour une durée de six ans, du 1er juin 2026 au 31 mai 2032. À l'issue de ces six ans, le contrat se prolongera de trois années supplémentaires. Le premier loyer sera dû à compter du 1er septembre et s'élève à 1.809,77 euros. Comme d'habitude, il est exigé une caution équivalente à trois mois de loyer, soit 5.429,31 euros. Il s'agit du contrat standard habituel. Les locaux ont été repeints et les fenêtres en bois ont été remplacées, de sorte qu'un local bien entretenu est désormais disponible. Il n'est pas prévu d'autres travaux de rénovation pour le moment.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Contrat de bail pour un logement abordable 8 rue de la Fontaine : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne le même emplacement, étant donné qu'un appartement situé au-dessus du cabinet médical s'est libéré et sera reloué à un prix abordable. Il souligne que cet appartement est en un très bon état d'entretien. Il se compose notamment de trois chambres, de deux salles de bains ainsi que d'un salon spacieux avec cuisine et a une surface d'environ 107 m². Les nouveaux locataires emménageront le 1er avril et paieront un loyer de 608,69 euros. Celui-ci sera révisé une fois par an, tel que prévu par la loi. Il s'agit d'une mère et de ses trois enfants, qui habitent déjà à Bertrange et doivent quitter leur appartement actuel, de sorte qu'il est tenu compte en l'occurrence d'une situation d'urgence et que, de cette manière, les enfants pourront continuer à fréquenter l'école dans la commune. Il sera procédé à un état des lieux d'entrée ainsi qu'à des visites régulières. En outre, une garantie bancaire d'un montant équivalent à deux mois de loyer, soit 1.217,38 euros, est exigée.

Ce point est adopté à l'unanimité.



C. Contrat de bail 12 route de Longwy : approbation

M. le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit ici d'un contrat concernant la location d'une maison, destinée à offrir des logements abordables aux jeunes. La maison se compose de quatre chambres meublées, d'un salon spacieux et d'une cuisine neuve. Les chambres sont équipées chacune d'un lit simple, d'une armoire ainsi que d'un bureau avec une chaise. La surface des chambres varie entre 13 et 22 m², de sorte que les loyers se situent dans une fourchette allant d'environ 390 euros à 660 euros maximum. Il souligne toutefois que les surfaces ne sont pas encore définitives, ce dans l'attente de l'achèvement des travaux de rénovation. La maison sera louée à partir du 1er avril 2026 pour une durée initiale de trois ans, le loyer mensuel s'élevant à 4.000 euros. Le bien immobilier dispose d'une surface brute d'environ 300 m². Les modalités d'inscription seront publiées en mars sur le site Internet de la commune, afin que les jeunes intéressés puissent déposer leur candidature à partir de cette date. Il précise en outre que la commune n'a pas l'intention de laisser des maisons inoccupées, mais entend chercher des solutions pour offrir un logement aux personnes qui rencontrent des difficultés sur le marché immobilier traditionnel. Elle envoie de ce fait également un signal clair à la jeune génération, lui signalant qu'on ne l'oublie pas et qu'on s'engage activement en faveur de logements abordables pour les jeunes.

Mme la conseillère Schares souhaite connaître le nombre de places de stationnement disponibles, étant donné qu'il y a de fortes chances que tous possèdent leur propre voiture. La communauté doit-elle s'organiser elle-même ?

M. le bourgmestre De Smet répond qu'il y aura au total quatre places de stationnement. Il est toutefois peu probable que chacun possède sa propre voiture. Il y a suffisamment d'emplacements. En ce qui concerne la vie en communauté, il sera établi un règlement intérieur afin de régir la cohabitation dans les pièces communes.

M. le conseiller Weirich indique qu'il se réjouit que la maison soit déjà meublée. Selon lui, c'est le jardin qui risque de constituer un défi. Le loyer est abordable, et il s'agit là d'un premier pas dans la bonne direction.

M. le bourgmestre De Smet fait remarquer que le jardin sera également remis en état dès que le temps le permettra.

Mme la conseillère Smit-Thijs ajoute que l'appartement est situé de manière à être bien desservi par les transports en commun. De plus, des stations vel'OH et Flex se trouvent à proximité.

Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Convention d'exécution du projet d'aménagement particulier « Brill » : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne la mise en œuvre du PAP Brill 2.0, en particulier les travaux d'infrastructure. Par travaux d'infrastructure, on entend notamment la construction de routes, de trottoirs, de chemins piétonniers et d'autres espaces publics, l'éclairage public et les emplacements de parking, mais surtout les réseaux souterrains tels que la canalisation, l'alimentation électrique et les installations similaires, ainsi que l'aménagement des espaces verts. La première phase du PAP Brill, à savoir la partie nord, a déjà été adoptée par le conseil communal le 3 juillet 2025 et approuvée par le ministère de l'Intérieur le 24 novembre 2025. La présente convention a pour objet la réglementation des travaux d'infrastructure. Elle porte en particulier sur le financement, la commune attachant une grande importance à ce qu'elle ait la garantie que les travaux seront effectivement achevés. C'est la raison pour laquelle il a été prévu une garantie bancaire d'un montant de 3.135.000

euros, ce qui correspond à la valeur des travaux. Par ailleurs, certains travaux d'infrastructure ne relèvent pas du PAP, mais sont absolument nécessaires pour permettre l'accès au site de construction ; les coûts afférents seront répartis sur les deux phases.

M. le bourgmestre De Smet ajoute que la convention concerne l'achèvement et la réception des travaux ainsi que la cession de terrains qui doivent être transférés gratuitement à la commune. La durée des travaux constitue également un point important, ce tant pour la commune que pour les riverains. Un délai maximal de quatre ans est prévu à compter de la notification de l'autorisation ministérielle, le promoteur ayant annoncé son intention d'achever les travaux d'infrastructure dans un délai de neuf mois. Un autre point concerne l'enregistrement des servitudes, nécessaire avant la délivrance d'une autorisation de construire. Il s'agit notamment d'un axe pour les eaux pluviales qui traverse la partie inférieure du PAP et passe par des terrains privés ; cette solution est provisoire, en attendant que la phase 2 puisse être mise en œuvre, après quoi le raccordement définitif devrait avoir lieu. L'accord pour la construction de logements abordables, qui seront cédés à la commune, sera réglé dans une convention distincte. Ces constructions seront dans tous les cas érigées conformément aux directives du ministère du Logement afin de pouvoir prétendre aux aides correspondantes (« Aides à la pierre »). En outre, il est prévu de rembourser les frais liés à l'élaboration du schéma directeur, ces frais s'élevant à 1.619,81 euros pour la phase 1. La convention contient par ailleurs diverses conditions, nées en partie de réclamations formulées dans le cadre de la modification ponctuelle du PAG et que la commune s'est engagée à inclure. Il s'agit notamment de la propreté du chantier, de la garantie de la sécurité des riverains et, en particulier, de la protection des enfants présents sur les lieux ou circulant à pied, ce qui doit être expressément signalé aux entreprises chargées des travaux. Par ailleurs, il est prévu d'ériger une barrière de 2,5 mètres le long des jardins des riverains jouxtant le PAP, ce en guise de protection contre le bruit et la poussière. Enfin, il sera dressé un état des lieux de plusieurs maisons avant le début des travaux.

Ce point est adopté à l'unanimité.

E. Convention « Meng Gemeng lieft Sport » : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit en l'espèce de la convention « Meng Gemeng lieft Sport ». La commune a signé au début de cette année la charte « Meng Gemeng lieft Sport », laquelle repose sur le concept « Lëtzebuerg lieft Sport ». L'objectif est de mettre en relation les acteurs, l'offre et les infrastructures sportives et de créer un réseau coopératif dans lequel le sport doit être accessible à tous. Il s'agit d'une convention qui régit la coopération entre le ministère des Sports et la commune, dans le but de promouvoir une société saine, active et inclusive par le biais du sport. Dans ce contexte, il est également question du coordinateur sportif, évoqué dans le cadre de diverses discussions.

M. le bourgmestre De Smet souligne que Bertrange vivait déjà le sport avant même que l'on ne parle de coordinateur sportif, et que l'on pourrait en conséquence compléter le slogan par « Bartreng lieft Sport ». La charte est donc également considérée comme une reconnaissance des efforts déjà consentis par le passé dans le domaine du sport à Bertrange, grâce auxquels la commune bénéficie désormais d'un certain soutien en retour. Cela concerne tant les infrastructures que des initiatives telles qu'entre autres, la commission de l'entente sportive, qui existe depuis plus de 15 ans et au sein de laquelle les clubs sportifs sont réunis pour discuter de leurs besoins et de leurs souhaits, le service 50+, qui organise des cours de loisirs sportifs pour toutes les tranches d'âge, ainsi qu'une personne responsable du sport au sein du SEA. Tous ces points se retrouvent également dans les missions qui incomberaient au coordinateur sportif. C'est la raison pour laquelle on se réjouit que le ministère ait accepté la proposition de ne pas créer de poste supplémentaire, mais de désigner une personne issue

de l'administration existante, qui assume déjà une grande partie de ces tâches. La convention définit les obligations de la commune. Celles-ci comprennent notamment l'établissement d'un inventaire des acteurs locaux, un état des lieux de l'offre sportive et des infrastructures, la collecte de données sur les comportements et les souhaits de la population, l'organisation d'ateliers participatifs ainsi que l'élaboration d'un bilan proposant des mesures et des approches d'action. De tous ces éléments émerge finalement un plan d'action pour la commune. Il importe en outre que le coordinateur sportif soit associé à la planification de nouvelles infrastructures et offres et participe à des formations continues organisées par l'État dans le domaine du sport. Sa mission consiste à structurer les activités sportives dans la commune, à soutenir les associations et à développer de nouvelles initiatives qui répondent aux besoins de la population. L'État soutient la commune tant sur le plan administratif, notamment par des moyens informatiques permettant une collecte structurée des données, que sur le plan financier. Ainsi, 80 % du salaire seront pris en charge pendant les trois premières années, avant que cette part ne diminue de 10 % par an, pour atteindre un niveau de 20 % au bout de neuf ans. Les efforts entrepris par le ministère pourraient faire progresser davantage le sport, et la commune de Bertrange espère ainsi continuer à disposer de clubs sportifs performants et, en particulier, avoir la possibilité de s'adresser à une couche de la population aussi large que possible et de la motiver à adopter un mode de vie actif, sain et inclusif.

Mme la conseillère Schares indique avoir déjà abordé ce sujet à plusieurs reprises. Elle était elle-même présente à l'automne 2024 lors d'une réunion d'information organisée par le Syvicol, au cours de laquelle le ministre des Sports avait présenté le coordinateur sportif. À cette époque, l'on comptait huit coordinateurs sportifs pour 11 communes. En décembre 2024, elle a évoqué ce projet dans le cadre du débat budgétaire. On lui avait alors répondu qu'il y avait déjà un coordinateur sportif au sein du SEA et que la commune ainsi que les différentes commissions s'employaient à organiser et de coordonner de nombreuses activités. Cette année, elle a abordé une nouvelle fois le sujet lors du débat budgétaire, étant donné qu'il lui tenait vraiment à cœur et que le CSV avait prévu un soutien similaire dans son programme électoral. Elle avait alors eu le sentiment que l'on souhaitait d'abord examiner les différentes possibilités, l'idée étant de ne pas nécessairement embaucher quelqu'un, mais plutôt de confier cette tâche à une personne travaillant déjà au sein de la commune. Cet accord vient désormais d'être signé. Elle se réjouit de ce revirement. Ce n'est d'ailleurs pas une nouveauté que les idées du CSV soient rejetées et présentées comme inutiles dans un premier temps, pour être soudainement reprises un ou deux ans plus tard. Elle ose toutefois espérer que le concept sous-jacent bien été compris. Au début, elle avait en effet eu l'impression que l'on se moquait de cette idée. Il ne s'agit pas seulement de coordonner les associations, le SEA et les cours proposées par la commune, vu que ce n'est pas sans raison que la charte s'intitule « Meng Gemeng leeft Sport ». L'objectif consiste à créer un réseau coopératif afin d'analyser trois éléments importants : les acteurs impliqués dans l'activité physique et sportive, l'offre et les infrastructures. Une analyse devrait permettre d'harmoniser l'offre existante, de développer des initiatives si nécessaire, de garantir aux citoyens un accès équitable aux offres, de permettre un développement stratégique des infrastructures et de renforcer les capacités organisationnelles du mouvement sportif.

Mme la conseillère Schares estime qu'il s'agit là de points importants qui méritent que l'on sorte des sentiers battus et ne se contente pas de continuer comme avant, en s'ouvrant à la nouveauté. Pour ce faire, il faut se poser une série de questions : à qui s'adressent actuellement les activités sportives proposées ? Quelle tranche d'âge est éventuellement défavorisée ? Pourquoi n'est-il pas possible, malgré l'engagement et l'aide des parents, d'inclure un cours de gymnastique pour les jeunes enfants dans le programme ? Les horaires sont-ils adaptés ou pourrait-on peut-être proposer davantage d'activités aux heures de midi ? Il n'est pas nécessaire de disposer d'un hall sportif pour chaque cours.

Quels sont les autres locaux ou alternatives en plein air qui seraient disponibles ? La piscine doit-elle vraiment être réservée exclusivement aux écoles tous les matins ? Ou existe-t-il la possibilité d'ouvrir deux couloirs au public, c'est-à-dire aux contribuables, une ou deux matinées par semaine ? Que pourrait-on organiser pour les adolescents et les adultes qui ne font pas partie d'un club, mais souhaiteraient toutefois pratiquer un sport d'équipe ?

Mme la conseillère Schares précise que le concept global du sport et de l'activité physique va bien au-delà. On pourrait également y inclure les crèches, les écoles, le SEA, la LASEP, la maison des jeunes, les associations de jeunesse, les clubs sportifs, les associations en général, le Club am Schlass, la maison de retraite et certainement bien d'autres encore. Elle se réjouirait que l'on puisse aborder le sujet de manière ouverte, que l'on soit disposé à écouter les experts en la matière et que l'on ne travaille pas uniquement en vase clos. Il s'agit du sport de loisirs, du sport de santé, du sport de compétition, mais aussi du sport associatif, qui pourrait peut-être bénéficier d'un soutien accru de la part d'un coordinateur sportif. L'activité physique est essentielle, ce tant pour la santé physique et mentale, que pour la cohésion sociale. Or, pour avoir une société saine et active, l'activité physique et le sport ne sont qu'un volet parmi d'autres ; l'on pourrait éventuellement aller encore plus loin et inclure des notions telles que la prévention, l'alimentation et des campagnes de sensibilisation. À son avis, tout cela fait un tout lorsqu'on parle de sport et de santé. La commune de Dudelange a développé un beau concept à ce sujet. La convention prévoit de « recruter un coordinateur sportif à temps plein ». Comment le collège échevinal compte-t-il s'y prendre ? Il est question des « qualifications et compétences nécessaires ». Quelles sont les exigences concrètes ? Le coordinateur sportif est en effet tenu de suivre un « programme d'accompagnement et de formation » de l'État. La commune a-t-elle donc décidé de recruter une personne, comme, compte tenu de l'ampleur de la tâche, il ne s'agit pas d'une mission supplémentaire dont elle peut simplement charger l'un de ses employés.

M. le bourgmestre De Smet se demande si Mme la conseillère Schares a lu la même convention que lui. Lorsqu'on signe un document, il va de soi que l'on s'engage à en respecter les dispositions. Certains des points soulevés sont inexacts et ne correspondent pas à la vérité. La question d'un éventuel coordinateur sportif avait déjà été évoquée en 2024. Lorsque cette nouveauté a été présentée, le ministre compétent s'est rendu dans les différentes communes pour expliquer le sujet. Cependant, à l'époque, la consigne était qu'il fallait embaucher une personne pour accomplir les tâches prescrites. Il s'agit là d'un fait qu'il tient à souligner. En ce qui concerne le personnel, l'on a toujours fait savoir que l'on y réfléchirait mûrement et que l'on ne mettrait pas en œuvre aveuglément quelque chose qui n'avait aucun sens pour la commune. Il existait encore de nombreuses inconnues, qui ont été clarifiées au fil du temps. À l'époque, il n'avait d'ailleurs à aucun moment été question de dix ans, durant lesquels le ministre compétent participerait au salaire, mais seulement de trois ans. On ne s'était jamais fermé à cette idée, mais cela n'avait tout simplement pas fait sens à ce moment-là d'embaucher quelqu'un pour ce poste. On n'avait pas besoin d'attendre l'arrivée d'un coordinateur sportif pour mettre en œuvre de nombreuses initiatives dans la commune. Toutes les tâches qui, selon la convention, doivent être prises en charge par le coordinateur sportif, seront effectivement assumées par celui-ci ; si tel n'était pas le cas, la commune n'aurait pas signé la convention. Il y a eu deux entretiens avec le ministère ainsi que des échanges avec d'autres communes qui ont également pourvu ce poste en interne, telles que par exemple la commune voisine de Mamer. Cela a été convenu avec le ministère. Les représentants du COSL s'étaient eux aussi montrés sceptiques au début quant à la mise en place du coordinateur sportif et ont fait part de leurs réserves au ministère. Il n'y a donc nullement eu de changement de mentalité de la part du DP, mais les conditions ont simplement évolué. En ce qui concerne le cours de gymnastique pour enfants, il tient à préciser que l'on exige une clé tarifaire cohérente pour tous les cours proposés. Or, celle-ci n'a pas été garantie dans les offres reçues. L'on travaille actuellement à une solution, laquelle doit toutefois

s'inscrire dans le concept de la commune. Concernant la piscine, il tient à souligner que celle-ci est exploitée à pleine capacité. L'on peut s'estimer heureux de pouvoir offrir ce luxe aux enfants et que chaque enfant sache nager à la fin de l'école fondamentale. La commune est ouverte à la participation citoyenne et se trouve en échange constant avec la plupart des clubs sportifs et les citoyens intéressés. Pour ce qui est des infrastructures sportives, la commune est bien équipée avec deux halls sportifs et trois terrains de sport au total. La personne qui va désormais occuper en interne le poste de coordinateur sportif répond à tous les critères afférents. De plus, le service culturel sera également renforcé à partir du 1er avril, et les responsables communaux sont donc confiants quant à la pertinence de la répartition des tâches. Ils encouragent par ailleurs la collaboration entre le coordinateur sportif de la commune de Strassen et celui de Bertrange. Il va également de soi que les formations nécessaires seront suivies.

M. le conseiller Colabianchi ajoute que Mme la conseillère Schares a donné l'impression que l'idée du coordinateur sportif émanait du CSV. Or, ce n'est pas exact. L'idée provient du ministère des Sports, et la commune a toujours été ouverte à ce concept. Cependant, comme la commune n'approuvait pas certaines exigences, elle avait déjà pris contact avec les responsables à l'époque quand Dan Kersch était encore ministre des Sports. Par la suite, Georges Engel avait relancé cette idée, et récemment, un échange a eu lieu à ce sujet avec Georges Mischo et son équipe. Cela a provoqué un revirement au sein du ministère, et la convention a été révisée, de sorte que, suite à ces modifications, le collègue échevinal a décidé de la signer. En ce qui concerne l'orientation sportive de la commune, qu'il s'agisse du sport de compétition ou de loisirs, la commune a de quoi être fière. En réponse aux déclarations de Mme la conseillère Schares concernant la piscine, M. le conseiller Colabianchi tient à préciser, à titre d'information, que le CSV n'avait pas soutenu ce projet à l'époque et doutait du succès des « Thermes ». Avec plus de 1.000 visiteurs par jour, le succès actuel de cet établissement est indubitable.

M. le conseiller Rauchs indique qu'il s'agit d'un bon projet, qui sera certainement soutenu par toutes les personnes présentes. Mme la conseillère Schares a fait l'éloge du projet et en a expliqué tous les détails, tout en soulignant que ce projet va bien au-delà de ce qui se fait actuellement.

Cela ne signifie toutefois pas que rien n'ait été réalisé jusqu'à présent. Il s'y ajoute que le document contient également une description de profil pour ce nouveau poste. Si l'on dispose déjà en interne d'une personne correspondant à ce profil, rien ne s'oppose à ce que celle-ci se manifeste en interne, après quoi l'on pourra certainement envisager de la nommer au poste prévu. Il devrait toutefois s'agir d'un poste à temps plein, sans autres tâches, qui serait mis sur un pied d'égalité avec le chargé culturel, où les résultats sont d'ailleurs déjà visibles.

M. le bourgmestre De Smet souligne que cette convention a été élaborée en collaboration avec le ministère compétent. Le poste sera pourvu en interne par Tun Schroeder, qui entretient déjà de bons contacts avec les clubs sportifs. Le ministère a approuvé cette décision. Tous les points seront respectés et un plan d'action sera établi pour la commune.

M. l'échevin Lang tient à préciser, notamment dans le contexte de la commission de l'entente sportive, que Tun Schroeder accomplit un excellent travail et que ce nouveau poste constitue également une reconnaissance de son travail. En ce qui concerne le sport dans la commune, il souhaite citer brièvement un autre exemple. Le ministère a lancé le programme « Fundamentals », dans le cadre duquel des clubs mettent des entraîneurs à disposition pour entraîner la motricité des enfants du SEA. Le collège des échevins a jugé ce programme positif et a cherché à dialoguer avec les responsables du SEA. Ceux-ci ont malheureusement dû décliner l'offre, étant donné qu'elle n'est pas réalisable pour le moment. Il existe déjà une grande offre en matière d'activités, de sorte qu'il n'est pas nécessaire de recourir à ce concept.

Mme la conseillère Schares souhaite revenir sur certains propos. Elle n'a jamais prétendu que l'idée émanait du CSV, mais bien du ministère, et son parti avait souhaité soutenir cette idée. À son avis, cette initiative n'avait toutefois pas reçu l'attention qu'elle méritait de la part du collège échevinal à l'époque ; l'important est désormais de la mettre en œuvre.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer que le sport est un élément important de la société, ce indépendamment de l'âge. Tout un chacun a droit à l'exercice d'une activité sportive. La commune propose déjà de nombreuses activités qui vont bien au-delà des exigences, telles que « Bartreng beweegt sech » en combinaison avec la « Nuit du sport », un événement qui rencontre toujours un vif succès. Elle salue cette convention, même si cela représente un défi. Un aspect particulièrement important est l'échange avec les clubs, afin qu'ils puissent également faire valoir leurs préoccupations. C'est la seule façon de résoudre les problèmes. S'il est vrai que les infrastructures sportives existantes sont très modernes et en parfait état, les capacités sont insuffisantes. Il faudrait y remédier le cas échéant.

M. le bourgmestre De Smet indique que la commune est devenue victime de son propre succès, ce en raison de la qualité des infrastructures. La construction d'une troisième salle de sport n'est pas un sujet nouveau ; ainsi, un projet commun avec une commune voisine pourrait par exemple voir le jour.

M. l'échevin Lang ajoute que tous les problèmes ont été abordés concrètement et qu'ils seront résolus dans la mesure du possible. Les échanges entre les clubs fonctionnent également bien et la collaboration est excellente.

Mme la conseillère Schuster répond que cette commission encourage clairement les échanges.

Mme la conseillère Smit-Thijs se réjouit que l'on ne se soit pas lancé immédiatement dans ce projet, mais que l'on ait pris son temps. La convention, telle qu'elle existe actuellement, correspond bien mieux à la commune.

M. le bourgmestre De Smet conclut en indiquant que la commune vit en effet le sport. Il existe un consensus sur le fait que cette convention fera progresser la commune dans ce domaine.

Ce point est adopté à l'unanimité.

F. Convention relative au réaménagement et extension du parking P&R en gare de Bertrange-Strassen : approbation

M. le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit d'une convention relative au parking P&R en gare de Bertrange, visant notamment à définir le réaménagement ainsi que les réglementations en matière d'entretien, de compétences et d'utilisation. Il s'agit d'une convention conclue entre le ministère de la Mobilité et des Travaux publics, les CFL et la commune de Bertrange. Comme on le sait, le parking situé du côté de la rue de l'Industrie a fait l'objet d'un réaménagement complet en 2024, notamment afin de garantir la sécurité sur ce site. Le parking dans la rue de la Gare compte 34 places, tandis que celui de la rue de l'Industrie en compte 28 ; on y trouve notamment une bike-box ainsi que trois véhicules FLEX. L'ensemble du financement a été assuré par le Fonds du Rail, de sorte que la commune n'a supporté aucun coût, y compris pour la partie souterraine. Le dossier comportait un plan de répartition des travaux d'entretien qui indiquait les tâches devant être assumées par la commune et celles prises en charge par les CFL. La commune se charge de l'entretien courant, notamment du nettoyage, de la collecte des déchets, du service hivernal ainsi que de l'entretien de la signalisation, dans la mesure où celle-ci ne concerne pas le trafic ferroviaire. Elle est également responsable de l'entretien des espaces verts. Les CFL, en revanche, sont responsables des travaux de construction tels que le

quai, les escaliers et la signalisation spécifique au chemin de fer. Il a en outre été stipulé que la commune ne devait pas prévoir de stationnement résidentiel sur ces parkings. La convention est à durée indéterminée.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

G. Actes notariés : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit en l'espèce d'une cession à titre gratuit d'un particulier à la commune. La parcelle concernée est située rue de Mamer et a une superficie de 57 centiares, qui doit être transférée au domaine public.

Le conseil communal accepte cette cession à l'unanimité.

Par ailleurs, la commune a acquis 95 centiares situés rue de Leudelange au prix de 475 euros. Cette parcelle faisait déjà partie de la rue et devient désormais officiellement la propriété de la commune.

Le conseil communal adopte cet acte à l'unanimité.

Par ailleurs, la commune a acheté 3,25 ares dans le secteur « Beim Hiermesweher » afin de pouvoir entreprendre et réaliser les travaux prévus en lien avec la structure de la digue. Le prix s'élève à 1.500 euros par are, ce qui correspond à un montant total de 4.875 euros. Dans ce contexte, M. le bourgmestre De Smet tient à exprimer ses sincères remerciements, alors qu'il s'agit d'un élément supplémentaire important pour mieux protéger à l'avenir le village contre les inondations.

Le conseil communal adopte cet acte à l'unanimité.

Par ailleurs, un autre acte a été signé, dans le cadre duquel la commune a acquis deux parcelles le long de la N5 afin de créer une liaison pour un chemin piétonnier entre le centre commercial et le centre du village. Il s'agit globalement d'une superficie d'environ 1,3 are, pour un prix d'acquisition total de 45.150 euros, ce qui correspond à un montant d'environ 35.000 euros par are. M. le bourgmestre De Smet tient à remercier les propriétaires du centre commercial les discussions agréables et constructives menées à ce sujet.

Le conseil communal adopte cet acte à l'unanimité.

06. Projets

A. Devis relatif à la transformation de la salle polyvalente au Centre Atert : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit en l'occurrence d'un devis relatif à la transformation de l'ancienne salle de musique. Il est prévu de créer une nouvelle salle polyvalente dont pourraient bénéficier tant les associations locales que des manifestations culturelles telles que lectures, petits concerts ou représentations théâtrales. Il est également prévu de pouvoir y organiser des réunions. L'on projette par ailleurs d'y intégrer un petit espace bar. En termes de taille, il s'agit d'une offre inédite sous cette forme dans la commune et qui devrait rencontrer une forte demande. Une fois les travaux terminés, la salle pourra accueillir environ 70 à 80 personnes. Les coûts estimés s'élèvent à 666.000 euros hors TVA, ce qui s'explique toutefois par l'ampleur des travaux nécessaires. Il y aura notamment lieu d'aménager une issue de secours supplémentaire, alors qu'il s'agit d'un espace accessible au public. Il faudra en sus adapter et mettre à jour le système d'alarme incendie. En outre, l'on prévoit l'installation de systèmes de climatisation et de ventilation ainsi qu'une rénovation complète des installations électriques pour les rendre conformes aux normes en vigueur. L'espace

bar, tout comme les revêtements muraux et les armoires encastrées, devaient contribuer à créer l'ambiance souhaitée dans la salle. Il est également prévu un montant d'environ 155.000 euros pour la sonorisation, l'éclairage, les systèmes de commande, ainsi que pour une table de mixage et un système de musique avec haut-parleurs. Dans l'ensemble, cet investissement est jugé très utile, car il permettra de créer une salle supplémentaire polyvalente pour les associations, dont le service culturel de la commune pourra également profiter. M. le bourgmestre De Smet explique que cette salle pourra accueillir de nombreuses manifestations et procurer un moment agréable à bon nombre de personnes. Les travaux débiteront en avril et leur achèvement est prévu fin de l'année.

Mme la conseillère Philippe salue ce projet en sa qualité de présidente des deux commissions de la culture de la commune. En tant que musicienne active, elle a passé beaucoup de temps dans cette salle et en connaît le potentiel. C'est formidable de pouvoir désormais disposer d'une salle de taille intermédiaire. Il arrive fréquemment que l'ArcA s'avère trop grande et les locaux de la Schauenburg trop petits. La salle doit être modernisée et mise à la pointe de la technologie. Elle se réjouit que l'on ne lésine ni sur les coûts ni sur les efforts pour permettre une sonorisation adéquate. Cette salle sera certainement fortement appréciée pour les projets les plus divers.

M. le bourgmestre De Smet répond qu'il y a eu différentes réflexions quant aux possibilités d'utilisation de cet espace, entre autres comme local de stockage. Il serait toutefois dommage d'affecter cette salle à de telles fins.

M. le conseiller Weirich salue ce projet. Il fait remarquer que la « Bartrenger Musek » était déjà prête, il y a des années, à abandonner cette salle. Cela a permis de créer à présent au Centre Atert une salle polyvalente. Il souhaite toutefois savoir où exactement se trouvera la sortie de secours prévue et suggère que cette salle soit également mise à la disposition des associations organisatrices d'événements dans la salle des fêtes, au cas où elles auraient besoin d'un espace pour leurs préparatifs ou pour du matériel supplémentaire. Par ailleurs, il suggère de rénover la rampe près de l'entrée latérale, étant donné qu'il s'y est produit l'un ou l'autre accident par le passé, heureusement sans suite majeure.

M. le bourgmestre De Smet répond que l'issue de secours sera aménagée à l'endroit où se trouvent actuellement les fenêtres. Celle-ci sera aménagée avec la signalisation appropriée, et la rampe sera elle aussi refaite, éventuellement sans pavés. Il va de soi que la salle pourra toujours être réservée par les associations.

Mme la conseillère Philippe ajoute que la « Bartrenger Musek » pourrait utiliser l'espace situé derrière la scène, ce qui éviterait de devoir recourir à cette salle.

Mme la conseillère Schuster se rallie aux intervenants précédents et salue cette initiative.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Devis relatif au réaménagement de la rue Rilsper : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que l'on rénovera prochainement la rue Rilsper, tel qu'annoncé déjà lors du débat budgétaire, ce après la rue de Dipbach et la rue de la Pétrusse. Les travaux en question concerneront à la fois le canal pour eaux mixtes et le revêtement routier, le mauvais état de la rue étant dû entre autres à sa vétusté qui rend une telle rénovation indispensable. De plus, le système d'évacuation des eaux pluviales sera modernisé et les raccordements au réseau d'eau potable seront également renouvelés. Le devis s'élève à 1.370.000 euros. Les riverains concernés recevront une invitation pour s'informer sur le projet à la mairie. À cette occasion, ils auront également la possibilité de poser des questions et de formuler leurs remarques. Parallèlement, le calendrier



précis leur sera communiqué, notamment les dates auxquelles les équipes concernées seront disponibles pour démarrer les travaux.

Ce point est adopté à l'unanimité.

07. Finances

A. Décomptes de travaux extraordinaires : approbation

M. l'échevin Lang précise qu'il s'agit ici de travaux déjà achevés relevant du budget extraordinaire. Le premier décompte concerne le projet relatif aux aires de jeux de la commune, y compris l'inventaire et les nouvelles aires de jeux, et s'élève à 104.581,67 euros. Le deuxième décompte porte sur le lotissement de Rilsper, plus précisément les travaux d'infrastructure, et s'élève à 519.811,60 euros. Le troisième décompte a trait aux travaux réalisés dans la maison des jeunes afin de l'aménager conformément à la norme PMR et de réparer les dégâts causés par l'eau. Une subvention de 113.057,48 euros est reçue à cet effet de la part du ministère compétent. Le coût total s'élève à 228.617,93 euros. Le quatrième décompte concerne la mesure de protection contre les inondations au niveau de l'Aalbaach. Les coûts s'élèvent à 62.899,66 euros. Le dernier décompte, soit 349.595,67 euros, a trait au poste de transformation « Bei der Gemeng », le montant alloué jusqu'à présent ayant été insuffisant.

Mme la conseillère Schares demande si l'analyse complète des aires de jeux peut être mise à disposition.

M. le bourgmestre De Smet répond qu'elle sera transmise ultérieurement.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité des voix.

08. Urbanisme

A. Projet d'aménagement particulier « rue de la Pétrusse » : approbation

M. le bourgmestre De Smet expose qu'il s'agit en l'espèce du projet d'aménagement particulier « rue de la Pétrusse ». Ce PAP a une longue histoire, notamment en raison de la problématique des inondations. Le 7 octobre 2022, le vote avait été reporté en raison de documents manquants, notamment une étude hydrologique. Après mise à disposition du rapport demandé, celui-ci a clairement montré que le PAP, tel qu'il était prévu à l'époque, aurait aggravé la situation, tant pour les futurs habitants que pour les riverains. C'est précisément pour ces raisons que le conseil communal avait rejeté le PAP en date du 24 mai 2024. À cette époque déjà, il était probable qu'on allait essayer de trouver des modes de construction alternatifs, notamment des solutions telles qu'une construction sur pilotis. En janvier 2025, une réunion avait eu lieu sur la plateforme du ministère de l'Intérieur, à laquelle ont participé des représentants de l'Administration de la gestion de l'eau, de l'Administration de l'environnement, l'architecte ainsi que la commune, afin de discuter des modifications proposées. Le 17 septembre 2025, le nouveau projet basé sur un mode de construction sur pilotis a été présenté lors d'une réunion du groupe de travail du conseil communal. Il s'agit d'un terrain de 27,02 ares, sis dans une zone HAB-1, superposée d'une « zone nouveau quartier », et partiellement soumise à une servitude « urbanisation – cours d'eau ». Six lots à usage résidentiel y sont prévus : une maison unifamiliale isolée, deux maisons unifamiliales jumelées ainsi qu'une petite résidence de trois logements, tous les bâtiments devant être construits sur pilotis. La Commission des bâtisses a également approuvé le projet. Le collège des échevins a ensuite soumis le PAP à la procédure conformément aux dispositions légales. Le projet a pu être consulté à la mairie du 15 novembre 2025 au 15 décembre 2025, période durant laquelle l'on avait la possibilité de formuler des remarques ou des objections. La cellule d'évaluation du ministère

compétent a également donné son feu vert, confirmé la conformité et – tout comme l'Administration de la gestion de l'eau – n'a formulé aucune remarque supplémentaire, hormis des commentaires d'ordre purement rédactionnel. En outre, deux réclamations ont été reçues, qui portaient en partie sur le même point, à savoir l'accès non optimal aux champs situés derrière la zone en question. L'on a tenu compte de cette préoccupation en déplaçant l'emplacement des conteneurs à déchets du petit immeuble, permettant un accès par tracteur. Un autre point concernait une éventuelle extension de la zone d'habitation en direction des champs. Or, cette zone n'est pas encore classée en tant que zone constructible, et le collège échevinal actuel n'est pas prêt à aller dans cette direction. En outre, diverses restrictions sont prévues, notamment en ce qui concerne le choix des matériaux, pour lesquels il convient de privilégier des matériaux perméables à l'eau. Les abris de jardin ainsi que les clôtures fermées sont également interdits. Le point le plus important est toutefois que ces adaptations ne devraient plus entraîner de détérioration de la situation pour les riverains, car l'eau pourra désormais circuler librement sous les différents bâtiments.

Mme la conseillère Schares précise qu'il s'agit d'un projet particulier et qu'il faut se fier aux nombreuses études réalisées que la situation de logement ne se détériorera pour personne à cet endroit. Elle salue également le fait que les réclamations aient été prises en compte.

M. le bourgmestre De Smet partage l'avis de Mme la conseillère Schares selon lequel il faut se fier aux études. La situation a été prise en compte. La réclamation concernant l'extension n'est pas recevable dans ce contexte, car elle ne concerne pas le PAP proprement dit.

M. le conseiller Weirich ajoute que ce projet de construction a été source d'inquiétude et de casse-tête pour de nombreuses personnes, en raison du risque d'inondation à cet endroit, ce tant pour les riverains que pour l'administration communale et le conseil communal. Les autorités communales ont essayé d'être à l'écoute de tous, de prendre les préoccupations au sérieux, de réaliser des études supplémentaires et de rechercher des solutions praticables. Les propriétaires ont eux aussi été disposés à adapter leur projet de construction aux circonstances. À cet égard, tout a été mis en œuvre pour éviter les mauvaises surprises, et l'on peut sans hésitation parler ici d'une politique de participation citoyenne.

M. le bourgmestre De Smet répond que cette démarche est appliquée à tous les projets et que l'on est à l'écoute des préoccupations des riverains. Les malentendus se laissent dissiper plus aisément ensemble.

Mme la conseillère Schuster se rallie aux intervenants précédents. Il est important, dans le cadre de tels projets, d'écouter les citoyens et de favoriser la communication. Les études supplémentaires qui ont été demandées ont eu leur raison d'être.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Modification ponctuelle du PAG « Site CDV, route de Longwy » : mise en procédure

M. le bourgmestre De Smet précise que cette modification ponctuelle du PAG concerne le site du « Centre pour le développement des compétences relatives à la vue ». Cet établissement public a l'intention de réaliser divers travaux sur son terrain. Il s'agit notamment de mesures d'adaptation aux normes de sécurité incendie en vigueur, en particulier la création de zones de manœuvre pour les pompiers, ainsi que la construction de bâtiments accessibles aux personnes à mobilité réduite. En outre, des travaux d'extension sont prévus, notamment pour un parking écologique, un « jardin de circulation » destiné aux personnes malvoyantes ainsi que des locaux administratifs supplémentaires. Toutes ces mesures sont jugées utiles et nécessaires pour soutenir au mieux les personnes

concernées. Il est souligné que le collège des échevins précédent avait déjà fait preuve d'un engagement en ce sens et qu'il n'est pas question de faire obstacle aux instances publiques. Actuellement, la surface concernée se trouve partiellement à l'intérieur du périmètre de construction, dans une « zone mixte urbaine », et partiellement à l'extérieur, dans une zone agricole. Il est proposé de classer la zone destinée aux travaux de transformation et d'extension en zone BEP-1 et de classer les surfaces nécessaires au parking et au jardin de circulation en zone spéciale BEP-CDV.

M. le bourgmestre De Smet explique que certaines dispositions sont prévues pour cette zone BEP-CDV, notamment des constructions légères, des systèmes d'éclairage équipés de détecteurs de mouvement tenant compte de la présence de chauves-souris, ainsi qu'un éclairage dirigé vers le bas. Il conviendra en outre de définir des servitudes afin de protéger tout particulièrement les zones écologiquement sensibles et d'en restreindre l'utilisation. Parallèlement, il y a lieu d'adapter également la délimitation du PAP « Quartiers existants ». Une dérogation à la deuxième évaluation environnementale stratégique a été demandée et jugée inutile par le ministère de l'Environnement, ce toutefois sous certaines conditions, notamment l'inscription de diverses servitudes dans le domaine de la végétalisation et de la protection des eaux. Il s'agit notamment d'une servitude relative à l'intégration paysagère, qui prévoit la préservation d'éléments naturels ainsi que la plantation d'arbres, d'arbustes et d'arbres fruitiers sur 80 % de la surface concernée, ainsi que d'une servitude relative aux cours d'eau. Dans le cadre de la première phase de l'évaluation environnementale, d'autres biotopes et habitats protégés ont en outre été identifiés, qu'il y a lieu de préserver et qui doivent être dûment pris en compte dans le PAG. Pour conclure, il signale qu'une réunion d'information aura lieu le 10 mars 2026 à 18h30 à la mairie.

Ce point est adopté à l'unanimité.

09. Urbanisme

A. Présentation du bilan annuel du Pacte Climat

M. le bourgmestre De Smet précise que ce point porte sur la présentation du bilan annuel du Pacte Climat. Le pacte prévoit 63 mesures au total, réparties sur six domaines différents. Le nombre maximal de points pouvant être obtenus est de 498. Il s'agit d'un engagement volontaire entre la commune, l'État et la « Klima-Agence ». Par cet engagement, la commune a toutefois accepté une série d'obligations qu'elle se doit de respecter, notamment la mise en place d'une équipe climat, la désignation d'un échevin chargé du climat, la tenue d'une comptabilité énergétique ainsi que d'autres mesures. En ce qui concerne l'évolution, il est précisé qu'en 2022, la commune atteignait d'abord 51,3 % et ensuite 59 %. L'année dernière, un nouvel audit a été réalisé, qui a révélé qu'elle se situe actuellement à 61,2 %. Il manque donc encore 3,8 % pour la prochaine certification, mais l'on est confiant quant à la possibilité d'atteindre cet objectif dans le courant de l'année. Des progrès significatifs ont été réalisés dans les six catégories, ce qui souligne l'engagement en matière de protection du climat. Divers indicateurs, basés sur les chiffres de 2024, permettent de déterminer si la commune est sur la bonne voie. En ce qui concerne la consommation d'énergie de chauffage, les objectifs fixés pour 2030 semblent réalisables. Dans le domaine des énergies renouvelables chaleur, le raccordement de la centrale de cogénération a permis de faire un grand pas en avant, de sorte qu'à partir de 2025, on atteindra environ 75 %, en dépassant ainsi déjà l'objectif de 30 % fixé pour 2030. En ce qui concerne la consommation d'électricité, il n'est actuellement pas possible de se prononcer de manière fiable, certaines erreurs ayant été constatées dans les données, qui sont en cours d'analyse et de rectification en collaboration avec le fournisseur d'électricité ; celles-ci ne sont toutefois pas nécessairement imputables à la commune. De même, en ce qui concerne le parc de véhicules électriques, la commune se situe à première vue en dessous des

objectifs fixés, ce qui est toutefois compréhensible, étant donné que des véhicules à moteur à combustion en bon état sont toujours en service. M. le bourgmestre De Smet souligne que l'on souhaite continuer à les utiliser dans un premier temps et ne les remplacer par des alternatives électriques qu'en cas de besoin, afin de préserver les ressources, même si cela conduit à court terme à des indicateurs moins favorables. En ce qui concerne la puissance photovoltaïque, on se situe légèrement en dessous du potentiel, mais de nombreuses demandes sont en cours de traitement, de sorte que l'on part du principe que l'objectif fixé sera atteint sans difficulté. Quant à la consommation d'eau, il est précisé que celle-ci est influencée, entre autres, par les stations de lavage et les piscines privées.

M. le bourgmestre De Smet souligne que l'équipe climat a accompli un travail considérable, les conseillers climat et le personnel communal – notamment Christian Cloos et entretemps également Véronique Linden – ayant largement contribué à la situation actuelle. Pour l'année 2026, la commune se situe actuellement à 58,2 %, mais il est probable qu'elle atteigne environ 65 %, un objectif qui n'était initialement prévu que pour 2030. Le plan d'action montre toutefois qu'il reste encore beaucoup à faire et que les idées ne manquent pas pour poursuivre le travail et atteindre les objectifs fixés. Il tient également à souligner que la commune s'engage depuis longtemps en faveur de la protection du climat, non pas en premier lieu pour accumuler des points au Pacte Climat, mais par conviction, même si les investissements associés sont parfois considérables.

M. le conseiller Rauchs se réjouit de cette présentation détaillée. Il se félicite que le collège des échevins accorde à la commission et au Pacte Climat l'importance nécessaire et que l'on continue à s'y engager. La commission est composée de citoyens engagés et motivés ainsi que d'experts externes. De nombreuses bonnes idées y sont proposées. Il y a toujours eu une certaine hésitation quant à la définition des objectifs. L'on s'est longtemps reposé sur les points relatifs au Shared Space et à Sicona. Les points ne sont certes pas tout, mais ils témoignent néanmoins de l'engagement. L'on peut s'inspirer d'autres communes. Il faudrait envoyer un signal politique à la commission afin d'atteindre, le cas échéant, les 65 % visés avant 2030.

M. le bourgmestre De Smet répond qu'il s'agit ici du Pacte Climat 2.0. Il fait suite au Pacte Climat 1.0, dans le cadre duquel Bertrange avait déjà obtenu un bon score. Il est donc devenu plus ardu de progresser rapidement dans le cadre du Pacte Climat 2.0.

M. le conseiller Colabianchi ajoute que le « Shared Space » a sans aucun doute rapporté de nombreux points. Cependant, ce projet n'a pas pu être représenté à plusieurs reprises, alors qu'il a toujours fallu choisir un nouveau projet phare. La commission n'a pas eu la tâche facile pour trouver un nouveau projet principal. La tactique du collège échevinal, qui consiste à continuer à travailler lentement mais sûrement, est la bonne voie. Il est également certain qu'avec le temps et compte tenu des nouvelles règles du jeu, il devient de plus en plus difficile d'obtenir les points nécessaires pour passer dans un niveau de certification supérieur.

Mme la conseillère Smit-Thijs fait remarquer qu'il arrive qu'on soit victime de son propre succès. Dans le cadre de divers projets, tels que lors du passage à l'éclairage LED, la commune avait déjà pris les devants avant même que le Pacte Climat n'envisage cette mesure. Pour satisfaire ultérieurement aux critères du Pacte, il aurait fallu tout remplacer, ce qui n'aurait été justifiable ni sur le plan climatique ni sur le plan financier.

Mme la conseillère Schuster indique qu'elle est membre de ladite commission. De nombreuses idées y sont proposées et développées. Il ne faut toutefois pas négliger l'aspect financier. Elle souhaite revenir sur le « Shared Space ». Le «

Shared Space » a été le projet phare pendant plusieurs années, et la commune en aura d'autres.

M. le conseiller Weirich tient à féliciter chaleureusement l'administration pour la présentation.

M. l'échevin Miller répond à Mme la conseillère Schuster que tout investissement dans l'avenir est un bon investissement.

Mme la conseillère Schares demande si les documents pourraient également être mis à disposition ailleurs que sur la plateforme, afin qu'ils restent accessibles plus longtemps.

Ce point est adopté à l'unanimité.

10. Commissions consultatives

A. Commission consultative 50+ : remplacement d'un membre

M. le bourgmestre De Smet indique que Filomena Nunes Duarte Dos Santos a été élue à l'unanimité en tant que membre de la Commission 50+. Elle remplace Francine Moro-Oliveira Costa.

11. Commissions consultatives

A. Confirmation de règlements de circulation d'urgence

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la Cité Pourpelt, applicable du 17 au 27 février 2026.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la Cité Millewee, applicable du 13 février au 17 avril 2026.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue Atert, applicable du 13 février au 13 mars 2026.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue Charles Schwall, applicable du 16 février au 6 mars 2026.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue de Dippach, applicable du 9 février au 30 avril 2026.

La séance est levée à 12h00.

THE MUNICIPAL COUNCIL

DP



Yuri De Smet (*Mayor*)



Marc Lang (*Alderman*)



Frank Colabianchi (*Councillor*)



Monique Smit-Thijs (*Councillor*)



Francine Moro Oliveira Costa
(*Councillor*)



Nadine Philippe (*Councillor*)



Mariette Gallmeister (*Councillor*)

Déi Gréng



Roger Miller (*Alderman*)



Stefan Glober (*Councillor*)

CSV



Nadine Schares (*Councillor*)



Guy Weirich (*Councillor*)



Marc Rauchs (*Councillor*)

LSAP



Yolande Schuster (*Councillor*)



MINUTES OF THE MEETING OF THE MUNICIPAL COUNCIL

HELD ON 27 FEBRUARY 2026 AT 8:30 A.M.

Present:

DP

Youri DE SMET (Mayor)
Marc LANG (Alderman)
Monique SMIT-THIJS (Councillor)
Frank COLABIANCHI (Councillor)
Francine MORO (Councillor)
Nadine PHILIPPE (Councillor)
Mariette GALLMEISTER (Councillor)

déi gréng

Roger MILLER (Alderman)
Stefan GLOBER (Councillor)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Councillor)

CSV

Nadine SCHARES (Councillor)
Guy WEIRICH (Councillor)
Marc RAUCHS (Councillor)

Georges FRANCK (Secretary)

Excused: /

Agenda

In public session:

01. | Approval of the agenda

In closed session:

02. | Personnel management
A. Personnel management: Appointment of a municipal official

In public session:

03. | Information and correspondence
04. | Regulations
A. Municipal regulation concerning the provision of housing for young people: Approval
B. Schedule of charges for meals in the school canteen for municipal staff: Approval
05. | Agreements, contracts and notarial deeds
A. Rental agreement for 8, Rue de la Fontaine: Approval
B. Rental agreement for an affordable flat at 8, Rue de la Fontaine: Approval
C. Rental agreement for 12, Route de Longwy: Approval
D. Implementation agreement for the “Brill” Special Development Plan: Approval
E. Agreement “Meng Gemeng lieft Sport”: Approval

F. Agreement concerning the redesign and extension of the P&R car park at Bertrange-Strassen train station: Approval
G. Notarial deeds: Approval
06. | Projects
A. Cost estimate for the conversion of the multi-purpose hall at Centre Atert: Approval
B. Cost estimate for the redesign of Rue Rilsperit: Approval
07. | Finances
A. Cost statements for extraordinary work: Approval
08. | Town planning
A. “Rue de la Pétrusse” Special Development Plan: Approval
B. Limited amendment to the “Site CDV, Route de Longwy” PAG: Initiation of the procedure
09. | Nature
A. Presentation of the annual Climate Pact review
10. | Advisory Committees
A. 50+ Advisory Committee: Replacement of a member
11. | Traffic
A. Confirmation of emergency traffic regulations: Approval



In public session:

01. Approval of the agenda

Mayor De Smet asks if the Municipal Councillors approve the agenda.

The Municipal Council unanimously approves the agenda.

In closed session:

02. Personnel management

A. Personnel management: Appointment of municipal employees

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

In public session:

03. Information and correspondence

Mayor De Smet states that, in closed session, Jil Hamm was appointed to the vacant position for the cultural service. She will take up her duties on 1 April 2026.

Mayor De Smet goes on to explain that the 2025 statistics for the FLEX car-sharing system have been received. The statistics for 2024 have also been enclosed for comparison purposes. It is fair to say that this is a service that is very well received and, above all, actually used by the citizens. If necessary, it will be expanded further, so that the citizens do not necessarily have to buy their own car but can instead use the car-sharing system, which is ultimately cheaper than owning a car.

With regard to the SWIO charging stations, Mayor De Smet states that statistics are also available for the electric charging points located within the municipality. In total, there are eleven different stations, each with two charging points, seven of which can be expanded to four charging points. It has been highlighted that most of these stations are well used by citizens. In general, it has been found that use of these charging points is increasing, particularly within residential developments. It was also explained that further requests from citizens will be analysed and, where appropriate, implemented as well.

Mayor De Smet states that Youth&Work is a service which has been offered for several years to young people in difficult life situations who are having difficulties getting into vocational training or finding a job. He goes on to say that this service is voluntary and free of charge and is intended to offer support to young people, as part of which they are coached to help them find a way out of their situation. In 2025, a total of 12 young people in the municipality of Bertrange benefited from this service, which represents a marked increase compared with previous years. It was reported that four of them had either found a job or a vocational training position, enabling them to escape their difficult situation. Six are still searching and working on their situation,

while the circumstances of two others are still being assessed. It was also noted that initial contact was made in a wide variety of ways, including through the social welfare office, the press, job events and former participants. It was highlighted that most of them had completed secondary education and that around half were not registered with ADEM. He would like to conclude by stressing that this is a service which the municipality will continue to support in order to help the young people who need that support most urgently.

Mayor De Smet continues by explaining that the municipality took part in the project call of the Ministry of the Economy and the Ministry of the Environment, and that one of two projects was selected. He goes on to explain that this project falls within the mobility category and aims to use artificial intelligence to develop a tool capable of continuously collecting data in the Shared Space and in the village-centre car parks in order to analyse traffic flows more effectively. Cyclists, pedestrians and other road users are also taken into account in addition to cars. He stresses that this goes beyond simply carrying out isolated vehicle counts, because all road users will be recorded, making it possible to draw concrete conclusions and derive appropriate measures. He explains that the tool is also intended to analyse car park occupancy more precisely, gain a better understanding of parking behaviour and implement targeted measures on that basis, such as a parking guidance system. In addition, heatmaps will make it possible to identify which areas of the Shared Space are especially busy and which ones less so. He wishes to emphasise that this innovative pilot project underlines the pioneering role that the municipality wants to continue playing.

The population on the day of the meeting amounts to 9,555.

The treasury balance stands at 15.7 million euros.

04. Regulations

A. Municipal regulation concerning the provision of housing for young people: Approval

Mayor De Smet explains that there are two items on today's agenda concerning housing for young people. He begins with the regulation, which sets out the framework and the conditions. He stresses that this is a matter of great importance to all Municipal Councillors and that the College of Aldermen is actively seeking ways to give young people from the municipality the opportunity and prospect of continuing to live in their municipality and build their future there. He explains that the scheme is aimed at young people aged between 18 and 30 who are in secondary school, in vocational training or at university, or who are already in work. One important point is that young citizens of Bertrange are to be given priority. Applications are to be submitted via a form on the website and through the housing service. When a room becomes available, the next people may apply, provided there is no waiting list. A deposit equivalent to one month's rent is required. Rent is calculated solely on the basis of room size, at a rate of 30 euros per square metre. He points out that this price includes everything (i.e. electricity, water, internet and heating), meaning there are no additional service charges and it can therefore clearly be described as affordable housing. Each room contains a bed, a mattress, a desk, a wardrobe and an office chair.

Mayor De Smet states that the regulation also applies in the case of non-payment. Should this occur, solutions will first be sought together with the person concerned before any action is taken. A young person may remain in the room or flat for as long as they continue to meet the conditions. The communal areas must be cleaned and maintained by the residents themselves, and there will also be house rules to govern harmonious cohabitation. He



concludes by stating that this regulation will also govern future projects for young people and that they are taking on the task of actively seeking solutions to the challenges facing today's young people.

Councillor Schares agrees with Mayor De Smet that this is an important measure to give young people the opportunity to continue living in the municipality. It is clearly stated that this accommodation is intended for young people. Not just – as she had initially assumed – for pupils and students, but also for young professionals. She also welcomes the fact that applicants remain on the waiting list without having to keep registering again. The rent of 30 euros per square metre therefore relates solely to the rented room, meaning that the communal areas are not charged for. As age is one of the conditions, she wonders whether residents will be shown the door once they turn 30.

Mayor De Smet replies that this criterion will not be applied so strictly, meaning that the person concerned would not simply be asked to leave the very next day. There will be a transition period.

Councillor Schuster notes that she would like to suggest an improvement to Article 7.1. Both the terms “indemnité d'occupation” and “loyer” are used, and she asks whether the same wording – “indemnité d'occupation” – could be used here as well. She also has a question concerning Article 8. If the young tenant were to find other accommodation that they could rent or even buy, how quickly could they be released from the agreed contract, given that this is not specified in the agreement? She stresses that she too welcomes this initiative, as it is anything but easy at present for young people to find affordable housing.

Mayor De Smet notes that, even if this is not expressly set out in Article 8, no obstacles will be placed in anyone's way here either and the matter will be handled with common sense. If all members of the Municipal Council agree, an additional clause requiring one month's notice will be inserted. Rooms can certainly be found to rent, but not at the price now being set.

Councillor Rauchs points out that there will no doubt be a large number of applications. The aim is to give priority to young people from Bertrange, while at the same time working through the waiting list. He asks how this can be implemented in practice. Will citizens of Bertrange still be given priority even if other applicants are higher up on the waiting list?

Mayor De Smet explains that they had asked themselves this very question. The applications received will be assessed. Since the regulation states that preference is to be given to citizens of Bertrange, that is what they will do, even if someone from outside is higher up on the waiting list.

Councillor Weirich wishes to place this item in a broader context. For some time now, the municipality has been grappling with the problem of young people leaving Bertrange because housing prices have become unaffordable for them. In that respect, this project helps ensure that young people from Bertrange can carry on living here for longer and, if applicable, continue being involved in local clubs and associations. Referring to a recent newspaper article entitled “Municipalities hold the key to the housing issue”, which focused on the topic of affordable housing, he says that the project represents another piece in the puzzle for the municipality, which has for some time been stepping up its investment in affordable housing. However, all stakeholders need to play their part in reducing the housing shortage: not just municipalities, but also the state and property owners. Councillor Weirich would like to know what the timeline looks like, meaning when the accommodation will be available, where it is located and how many rooms it has. He also considers it important that social criteria be taken into account in the allocation process.

Mayor De Smet explains that this refers specifically to the project on Route de Longwy. Without wanting to pre-empt matters, he says that it concerns a vacant house. When they become aware of such properties, they seek to find a solution with the owners and rent them out as affordable housing. The municipality has already purchased five flats, and a substantial sum of seven million euros has also been earmarked for this purpose going forward. It should also not be forgotten that affordable housing is not just intended for families but also for young people. The municipality is aware of its responsibility and hopes that more owners of vacant residential property might approach them in future.

Alderman Miller refers to the newspaper article mentioned by Councillor Weirich. As Mayor De Smet has already said, they are also reliant on the cooperation of property owners. Without it, the municipality cannot make a real difference. This could provide a short-term solution to a long-standing problem.

Councillor Colabianchi notes that this is by no means the first project of its kind. These projects often seem drawn out, largely because of the administrative hurdles involved. He stresses that the municipality has already made major efforts in the past, citing the “An Eechels” neighbourhood, where citizens of Bertrange also enjoyed priority rights, as well as the property “Beim Schloss” and the “A Rilsper” neighbourhood. Today, the term used is affordable housing, but that terminology has changed many times over the years without the underlying problem changing very much. Solutions must be sought through different channels in order to tackle this housing emergency efficiently. There may well be no all-encompassing solution.

In this connection, Mayor De Smet also wishes to provide an outlook for the future. A project on Rue de Dippach was already approved several years ago and is now due to begin at the end of this year, or early next year at the latest, in cooperation with the “Fonds du Logement”. This regulation will also apply there.

Councillor Weirich notes that he believes one criterion is missing from the regulation. He would like social criteria to be taken into account as well, so that young people in difficult situations are given priority.

Mayor De Smet replies that this is not an assisted living programme for young people. In such a structure, an educator is also present on site to support the young people. The municipality already has such housing structures, which are run by other associations. Social criteria will nevertheless not be disregarded.

This item is unanimously adopted.

B. Schedule of charges for meals in the school canteen for municipal staff: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the schedule of charges for meals from the school canteen for municipal staff. The municipality wishes to give staff working for it the option of purchasing one meal a day at cost price, prepared on site in the SEA. At the request of staff, a survey was carried out to gauge interest, and it clearly showed that there was demand for such an offer. A schedule of charges is therefore required. The price per meal ordered is 6.50 euros excluding VAT, or 6.70 euros including VAT, and is billed monthly. The meal consists of a main course and a piece of bread. The dossier also contains an addendum to the original contract, in which various provisions are set out in greater detail. Mayor De Smet goes on to state that Sodexo has been awarded the contract to operate the service from 1 September 2025 to 31 August 2028 following a tendering procedure.



Councillor Schares asks whether staff had expressed any demand for this. There is a large production kitchen on site where meals are prepared. The regulation states that the ordered meals are to be delivered to three locations. She asks whether this effort is necessary, meaning whether the meals could not simply be collected directly in the SEA. She would also like to know how far in advance orders have to be placed and whether the menu is the same as the one cooked for the children. She has looked at the menu selection and was alarmed to find that it is not healthy enough. Other parents have also drawn her attention to this. For example, for dessert, children may be offered a piece of fruit, but they are also always given sweetened desserts such as muffins, bread with jam, croissants or similar items. She asks whether it would not be possible to opt for healthier alternatives here.

Mayor De Smet replies that the planning is done on a six-week basis, also taking regional, seasonal and organic products into account. Municipal staff have to place their orders two days in advance. The food is then delivered to the three different sites by staff of the meals on wheels service, so there is no extra hassle. As regards desserts or the snacks mentioned, the aim is to strike a balance.

Councillor Moro adds that the menu is checked by the management and drawn up in cooperation with the children. Once a week, there is a so-called “children’s day”, featuring the children’s menu of choice. Desserts are also always freshly prepared, and plenty of fruit and vegetables are always available to the children.

Councillor Colabianchi notes that the food on offer is fresh, balanced and healthy. If he remembers correctly, menu planning is also carried out in cooperation with a nutritionist. Even though the children have a say, great importance is attached to healthy and balanced meals.

Councillor Schares replies that she has looked at this week’s menu. She does not doubt that the food is cooked locally and fresh or that the children are offered enough vegetables and fruit. However, alongside these healthy products, there are too many sugary alternatives that the children will naturally prefer. In this day and age, when childhood obesity in particular is a problem, countermeasures must be taken wherever possible. This week alone, the menu includes vanilla pudding, doughnuts and sweetened cream cheese. Snacks include muffins, pretzel rolls and bread with jam, and even the bread is made with wheat flour and not necessarily healthy. If children are given the choice, it is clear which snacks they will go for – certainly not the healthy alternative.

Mayor De Smet replies that the municipality has not received any complaints to date. If that were to happen, however, his door is always open.

This item of the agenda is unanimously adopted.

05. Agreements, contracts and notarial deeds

A. Rental agreement for 8, Rue de la Fontaine: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the premises occupied by the former school doctor on Rue de la Fontaine, which are to be rented out again. Following an analysis by the College of Aldermen, it was concluded that these premises could be used more efficiently if a practice were established there on a permanent basis. Suitable alternatives have been offered and put in place for both the school doctor and the consultation service for infants and toddlers. The school doctor has been given suitable premises at the “Beim Schlass” school, while the infant consultation service has been accommodated at Schauwenburg; it takes place on the second and fourth Wednesday

of each month from 9.00 a.m. to 11.30 a.m. and is intended for children aged 0 to 4. As usual, a call for applications was launched, and Dr Majchrzak was ultimately selected. The doctor comes from Bertrange, which offers certain advantages. She is a young doctor specialising in endocrinology and diabetology, which underlines the municipality’s continuing efforts to bring different specialisms to Bertrange and, in particular, to give young doctors the opportunity to establish themselves there. The citizens will also benefit from this broad range of medical services, of course.

Mayor De Smet states that the premises have an area of approximately 90 m² and are to be let for six years, from 1 June 2026 to 31 May 2032. After these six years, the contract will extend by a further three years. The first rent payment will fall due on 1 September and will amount to 1,809.77 euros. As usual, a rental deposit equal to three months’ rent, i.e. 5,429.31 euros, is required. This is the standard rental agreement. The premises have been repainted and the wooden windows replaced, meaning that a well-maintained property is available. No further conversion work is currently planned.

This item is unanimously adopted.

B. Rental agreement for an affordable flat at 8, Rue de la Fontaine: Approval

Mayor De Smet explains that this item relates to the same site, as there is also a flat above the doctor’s practice which has become vacant and is to continue to be let at an affordable price. He points out that this flat was found to be in very good and well-maintained condition. Among other things, the flat comprises three bedrooms, two bathrooms and a spacious living room with kitchen, and has a floor area of around 107 m².

The new tenants will move in on 1 April and will pay rent of 608.69 euros. This will be adjusted once a year, as required by law. The tenants are a mother and her three children, who already live in Bertrange and have to leave their current home. This arrangement therefore addresses an emergency situation and enables the children to continue going to school in the municipality. A handover report will be drawn up and regular inspections carried out. In addition, a bank guarantee equivalent to two months’ rent (i.e. 1,217.38 euros) will be required.

This item is unanimously adopted.

C. Rental agreement for 12, Route de Longwy: Approval

Mayor De Smet states that this concerns an agreement for the rental of a house to be used as affordable housing for young people. The house comprises four furnished rooms, a spacious living room and a new kitchen. Each room is equipped with a single bed, a wardrobe and a desk with chair. The rooms vary in size between 13 and 22 m², resulting in rents ranging from around 390 euros up to 660 euros. He points out, however, that the final sizes have not yet been confirmed, as the conversion work has not yet been fully completed. The house will be rented from 1 April 2026 for an initial period of three years, at a monthly rent of 4,000 euros. The property has a gross floor area of around 300 m². The application details will be published on the municipality’s website in March, so that interested young people can submit their applications from that point onwards. He also stresses that the municipality does not intend to leave houses standing empty, but is instead looking for solutions to offer accommodation for people who are finding it difficult on the regular housing market. This also sends a clear signal to the younger generation that they have not been forgotten and that the municipality is actively committed to affordable housing for young people.

Councillor Schares would like to know how many parking spaces will be available, as it is highly likely that everyone will have their own car. Will the residents have to organise this among one another?

Mayor De Smet replies that there will be four parking spaces in total. However, it is questionable whether everyone will have their own car. There is sufficient space available. With regard to communal living, house rules will also be drawn up to govern shared use of the communal areas.

Councillor Weirich states that he welcomes the fact that the house is already furnished. In his view, the garden will present a challenge. The rent is affordable and it is a first step in the right direction.

Mayor De Smet notes that the garden will also be put in order as soon as the weather permits.

Councillor Smit-Thijs adds that the flat is well located in terms of public transport connections. There is also a vel'OH and FLEX station nearby.

This item is unanimously adopted.

D. Implementation agreement for the “Brill” Special Development Plan: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the implementation of the Brill 2.0 PAP (Special Development Plan), particularly the infrastructure work. Infrastructure work is understood to include the construction of roads, pavements, pedestrian walkways and other public spaces, public lighting and parking areas and, above all, underground networks such as sewerage, electricity supply and similar installations, as well as the landscaping of green spaces. The first phase of the Brill PAP, namely the northern section, had already been adopted by the Municipal Council on 3 July 2025 and was approved by the Ministry of Home Affairs on 24 November 2025. The subject matter of this agreement is the regulation of the infrastructure work. This concerns financing in particular, and it is of great importance to the municipality to have a guarantee that the work will in fact be completed. For this reason, a bank guarantee of 3,135,000 euros is required, corresponding to the value of the work. In addition, there is also some infrastructure work outside the PAP that is nevertheless essential in order to provide access to the development area in the first place; these costs will be apportioned between the two phases.

Mayor De Smet goes on to state that the agreement also concerns the completion and acceptance of the work, as well as the transfer of land that must pass to the municipality free of charge. The duration of the work is another important point, both for the municipality and for the local residents. A maximum period of four years is provided for here, calculated from notification of the ministerial approval, although the developer has stated that it intends to complete the infrastructure work within nine months. A further point concerns the registration of easements which are required before a building permit can be issued. Among other things, this includes a rainwater route passing through the lower part of the PAP and crossing private plots; this solution is provisional until phase 2 can be implemented, after which the final connection is to be made. Approval for the construction of affordable housing that will pass to the municipality will be governed in a separate agreement. These buildings would in any event be constructed in accordance with the requirements of the Ministry of Housing and Spatial Planning in order to qualify for the corresponding subsidies (“Aides à la pierre”). Provision is also made for reimbursement of the costs for drawing up the urban planning concept, which amount to 1,619.81 euros for Phase 1. The agreement also includes various conditions, some of which arose from objections submitted in connection with the limited amendment to the PAG (General

Development Plan) and which the municipality had undertaken to incorporate. Among other things, these include keeping the building site clean, ensuring the safety of residents and, in particular, protecting children who are on the site or passing through on foot – matters to which the contractors are to be expressly alerted. In addition, a 2.5-metre protective installation is to be erected along the gardens of residents whose properties adjoin the PAP, in order to provide protection against noise and dust. Finally, a schedule of condition (“état des lieux”) is to be drawn up for several houses before commencement of the work.

This item is unanimously adopted.

E. Agreement “Meng Gemeng lieft Sport”: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the agreement for “Meng Gemeng lieft Sport”. At the start of this year, the municipality signed the “Meng Gemeng lieft Sport” charter, which is based on the concept “Lëtzebuerg lieft Sport”. The aim is to connect the stakeholders, the offerings and the sports infrastructure and to create a cooperative network in which sport is to be accessible to all. This agreement governs cooperation between the Ministry of Sport and the municipality, with the aim of promoting a healthy, active and inclusive society through sport. In this context, it also concerns the sports coordinator, a point that had been raised in various discussions.

Mayor De Smet emphasises that Bertrange had already been living sport long before any mention was made of a sports coordinator, and that the slogan could therefore also be rendered as “Bartreng lieft Sport”. The charter is therefore also seen as recognition of the efforts already made in the area of sport in Bertrange in the past, through which the municipality is now also receiving a degree of support in return. This concerns both infrastructure and initiatives such as the Committee of Sports Associations, which has existed for over 15 years and brings sports clubs together to discuss their needs and wishes, the 50+ service, which organises recreational sports courses for both young and old, and a staff member responsible for sport within the SEA.

All of these points are also reflected in the tasks assigned to the sports coordinator. The municipality was therefore pleased that the ministry had accepted the proposal not to create an additional position, but instead to designate someone from within the existing administration who already covered a large proportion of these duties. The agreement sets out the municipality’s obligations. These include drawing up an inventory of local stakeholders, taking stock of sports activities and infrastructure, collecting data on the population’s behaviour and wishes, organising participatory workshops and preparing a review with possible measures and lines of action. All these elements will ultimately give rise to an action plan for the municipality. In addition, the sports coordinator should be involved in planning new infrastructure and offerings and also take part in continuous training offered by the State in the area of sport. Their task will be to structure the sports activities in the municipality, support clubs and develop new initiatives that meet the needs of the population. The state will support the municipality in an administrative capacity (including by providing IT tools for structured data collection) and financially. For example, 80% of the salary will be covered for the first three years, after which this share will decrease by 10% per year until reaching 20% after nine years. The efforts undertaken by the ministry could help to further advance sport, and the municipality of Bertrange hopes that this will help to ensure the continued success of its sports clubs and, above all, make it possible to reach as broad a section of the population as possible and encourage an active, healthy and inclusive lifestyle.

Councillor Schares states that she has already raised this topic on several occasions. She herself attended an information meeting held by Syvicol back



in autumn 2024, at which the Minister of Sport presented the sports coordinator. At that time, there were eight sports coordinators for eleven municipalities. In December 2024, she had referred to this project during the budget debate. Back then, it was said that there was already a sports coordinator within the SEA and that the municipality and the individual committees organised and coordinated a great deal. She had raised the issue again during this year's budget debate because it was genuinely important to her and because the CSV had envisaged similar support in its election manifesto. At that time, she had the feeling that the intention was first to examine what was feasible, since there was no particular wish to recruit someone specifically for the role, but rather to assign it to someone already working for the municipality. This agreement has now been signed. She is pleased about this change in attitude. Moreover, it is nothing new for the CSV's ideas to be dismissed at first and portrayed as unnecessary, only to be adopted suddenly a year or two later. She hopes, however, that the underlying concept has also been properly understood. At first, she had the impression that this idea had not been taken seriously. It is not simply a matter of coordinating clubs, the SEA and the municipality's courses, as the charter is not called "Meng Gemeng leeft Sport" for nothing. A cooperative network is to be established in order to analyse three key elements: the stakeholders involved in physical activity and sport, the offerings and the infrastructure. An analysis is intended to help harmonise the existing offerings, further develop initiatives where necessary, guarantee citizens equal access to offerings, enable the strategic development of infrastructure and strengthen the organisational capacity of the sporting community.

Councillor Schares takes the view that these are important points requiring a broader perspective, and that one should not simply carry on as before but should also be open to new approaches. To this end, a number of questions must be asked: Who is sport currently being offered to? Which age group might be underserved? Why is it still not possible to include a gymnastics course for small children in the programme, despite the commitment and help of parents? Are the times suitable, or could more be offered at lunchtime perhaps? Not every course needs a sports hall. What unused premises or outdoor alternatives are otherwise available? Does the swimming pool really have to be reserved exclusively for schools every morning? Or could two lanes perhaps be opened to the public, in other words to taxpayers, on one or two mornings? What can be done for young people and adults who are not club-oriented but would still like to take part in team sports?

Councillor Schares goes on to say that the overall sports and exercise concept extends far beyond this. It could also involve childcare centres, schools, the SEA, LASEP, the youth centre, youth associations, sports clubs, associations in general, Club am Schloss, the retirement home and certainly many others. She would be pleased if the matter could be approached openly and if there were a willingness to listen to people who know what they are talking about, rather than only working behind closed doors. The issue concerns recreational sport, health-related sport and competitive sport, but also club sport, which a sports coordinator might be able to support more effectively. Exercise is important for both physical and mental health, but also for social cohesion. However, exercise and sport alone are often not enough for the existence of a healthy and active society; perhaps one could go a small step further and also include concepts such as prevention, nutrition and awareness-raising campaigns. In her view, all of this belongs together when speaking of sport and health. The municipality of Dudelange has developed a nice concept in this respect. The agreement states "recruter un coordinateur sportif à plein temps". How does the College of Aldermen intend to deal with this? Reference is made to the "necessary qualifications and competences". What exactly is required? The sports coordinator is also supposed to complete a "support and training programme" offered by the State. The municipality should now recruit someone, since, given everything that needs to be

done, this is not a task that can simply be imposed on one of the employees in addition to their existing duties.

Mayor De Smet wonders whether Councillor Schares has read the same agreement as he has. If they sign something, it is clear that they will also comply with the requirements. Some of the points she has mentioned are incorrect and do not reflect the truth. The possibility of a sports coordinator was already discussed in 2024. When this new development was presented, the responsible minister visited the various municipalities to explain the matter. At the time, however, the view was that a new person would need to be recruited in order to carry out the assigned tasks. This is a fact that he wishes to emphasise. With regard to staffing, it has always been made clear that such matters would be considered carefully and that nothing would be implemented blindly if it made no sense for the municipality. There were still many unknowns, which were gradually clarified over time. In addition, there had never been any mention of the competent ministry contributing towards the salary for ten years, but only for three. They had never closed themselves off to the idea, but at the time it made no sense to recruit someone for this position. They did not need to wait for a sports coordinator in order to implement many things in the municipality. The sports coordinator will assume all the duties assigned to that role under the agreement, or the municipality would not have signed it. Two meetings were held with the ministry and they also talked to other municipalities that had filled the position internally, including the neighbouring Mamer. This was discussed with the ministry. The representatives of the COSL had also initially been sceptical about the introduction of the sports coordinator and had relayed their concerns to the ministry. Accordingly, there had also been no change of mindset on the part of the DP; the conditions had simply changed. As regards the gymnastics course for children, he wishes to state that the municipality requires a coherent scale of charges for all of the courses that it offers. This had not been ensured in the proposals received. They are working on a solution, but it must also fit in with the municipality's overall concept. As for the swimming pool, he notes that it is operating at full capacity. The municipality can count itself fortunate that it can offer children this luxury and that every child leaves primary school able to swim. The municipality is open to citizen participation and remains in regular contact with most sports clubs and interested citizens. As regards municipal sports infrastructure, they are already well equipped with two sports halls and a total of three sports fields. The person who will now assume the position of sports coordinator internally meets all the criteria required for this position. In addition, the cultural service will also be reinforced from 1 April, and the municipality is accordingly confident that the allocation of duties will work well. Cooperation between the sports coordinator in the municipality of Strassen and the sports coordinator in Bertrange is also being encouraged. The necessary training will also be completed, of course.

Councillor Colabianchi adds that Councillor Schares portrayed the idea of the sports coordinator as though it had originated from the CSV. That is not correct. The idea came from the Ministry of Sport, and the concept had always been viewed favourably. However, as they did not support certain requirements, they had already sought contact with those responsible some time ago, including during the period when Dan Kersch was still Minister of Sport. Georges Engel then revived the idea, and more recently discussions were held on the matter with Georges Mischo and his team. This prompted a rethink within the ministry and the agreement was revised, whereupon the College of Aldermen decided to sign it in light of the changes. As regards the municipality's sporting profile, whether in competitive or recreational sport, it has no need to hide. With regard to Councillor Schares' remarks about the swimming pool, Councillor Colabianchi wishes to note for information that the CSV did not support this project at the time and doubted the success of "Les Thermes". With more than 1,000 visitors a day, there can surely be little doubt today as to its success.



Councillor Rauchs states that this is a good project that is certainly supported by everyone around the table. Councillor Schares praised the project and explained everything set out in it, while at the same time underlining that it goes significantly beyond what is currently being done. However, that does not mean nothing has been done so far. The document also describes a profile for this new position. If there is already someone internally who meets that profile, that person can, of course, come forward internally and consideration would then certainly be given to appointing them to the envisaged position. However, it should be a full-time position, with no other duties, equivalent to that of the cultural officer, for which the results are now also evident.

Mayor De Smet emphasises that this agreement has been drawn up jointly with the competent ministry. The position will be filled internally by Tun Schroeder, who already has the most contact with the sports clubs. The ministry approved this decision. All points will be fulfilled and an action plan for the municipality will be prepared.

Alderman Lang wishes to make it clear, including in connection with the Committee of Sports Associations, that Tun Schroeder has been doing a great job and that this new position also constitutes recognition of his work. As regards sport in the municipality, he would also like to mention another example briefly. The ministry launched the programme “Fundamentals”, under which clubs provide coaches to work with children in the SEA on motor skills. The College of Aldermen liked this programme and sought discussions with those responsible in the SEA. They politely declined, as it is not currently feasible. A lot is already being offered, meaning there is no need to draw on this concept.

Councillor Schares wishes to address a number of points that have been raised. She had never claimed that this was an idea of the CSV, but rather one put forward by the ministry which they had wished to support. In her view, however, it had not received the attention it deserved from the College of Aldermen at the time.

Councillor Schuster notes that sport is an important element of society for both young and old. Everyone has a right to physical activity. The municipality already offers a lot that goes well beyond the requirements, such as “Bartreng beweegt sech“ in combination with “Nuit du sport”, an event that is always very well received. She welcomes this agreement, even though it represents a challenge. The dialogue with clubs is particularly important, so that they too can put forward their concerns. Only in this way can problems be resolved. The existing sports infrastructure is state of the art, but the capacity is no longer sufficient. Improvements may therefore be needed here.

Mayor De Smet states that the municipality has become a victim of its own success as a result of its good infrastructure. The construction of a third sports hall is not a new topic of discussion; for example, a joint project with a neighbouring municipality could be envisaged here.

Alderman Lang adds that everything is already being addressed specifically and, where possible, remedied. The communication between the clubs is also good and they are working together very well.

Councillor Schuster replies that this committee clearly promotes dialogue.

Councillor Smit-Thijs is pleased that they did not jump straight into this project, but waited instead. The agreement now on the table is much better suited to the municipality.

Mayor De Smet then states that the municipality really does live sport. There is consensus that this agreement will move the municipality forward in this area.

This item is unanimously adopted.

F. Agreement concerning the redesign and extension of the P&R car park at Bertrange-Strassen train station: Approval

Mayor De Smet states that this is an agreement concerning the P&R car park at Bertrange train station, intended in particular to set out the redesign and the arrangements relating to maintenance, responsibilities and use. This is an agreement between the Ministry of Mobility and Public Works, the CFL and the municipality of Bertrange. As is known, the car park on the Rue de l'Industrie side was comprehensively redesigned in 2024, particularly to ensure safety at this location. The car park on Rue de la Gare has 34 spaces, while the one on Rue de l'Industrie has 28 spaces; the latter also includes a bike box and three FLEX vehicles, among other things. The entire project was financed through the Fonds du Rail, meaning that the municipality incurred no costs whatsoever, not even for the underground section. A plan allocating the maintenance work was enclosed with the documents and shows which tasks are to be assumed by the municipality and which by the CFL. The municipality is responsible for the day-to-day maintenance, including cleaning, litter collection, winter service and maintenance of signage, insofar as the signage does not relate to rail traffic. It is also responsible for maintaining the green areas. The CFL, on the other hand, is responsible for structural elements such as the platform, stairways and railway-specific signage. It was also stipulated that the municipality may not introduce residents' parking in these car parks. The agreement is concluded for an indefinite duration.

This item of the agenda is unanimously adopted.

G. Notarial deeds: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the gratuitous transfer of a plot of land to the municipality by a private individual. The plot in question is located on Rue de Mamer and has an area of 57 centiares, which is to be transferred into public ownership.

The Municipal Council unanimously approves this transfer.

In addition, the municipality has acquired 95 centiares on Rue de Leudelage for a price of 475 euros. This plot was already part of the road and will now officially pass into the municipality's ownership.

The Municipal Council unanimously approves this deed.

The municipality has also purchased 3.25 ares in the area “Beim Hiermesweiher” to enable it to initiate and carry out the planned work on the dam structure. The price is 1,500 euros per are, corresponding to a total amount of 4,875 euros. In this connection, Mayor De Smet wishes to express his explicit thanks, as this is another important element in protecting the village more effectively against future flooding.

The Municipal Council unanimously approves this deed.

In addition, a further deed has been signed, under which the municipality has acquired two plots along the N5 to create a link for a footpath between the shopping centre and the village centre. The total area is around 1.3 ares, for which a total amount of 45,150 euros has been paid, corresponding to a

price of around 35,000 euros per are. Mayor De Smet thanks the owners of the shopping centre for the straightforward and constructive discussions.

The Municipal Council unanimously approves this deed.

06. Projects

A. Cost estimate for the conversion of the multi-purpose hall at Centre Atert: Approval

Mayor De Smet explains that this concerns a cost estimate for the conversion of the former music hall. A new multifunctional hall is to be created, which will benefit local associations and also provide a venue for cultural events such as readings, smaller concerts and theatre performances. It is also envisaged for meetings to be held there. In addition, a small bar area is to be incorporated. In terms of size, this is a facility that the municipality does not currently have in this form and for which there is likely to be strong demand. Once completed, the hall will accommodate around 70 to 80 people. The estimated costs amount to 666,000 euros excluding VAT, which can, however, be explained by the work required. Among other things, an additional emergency exit needs to be created, as this is a publicly accessible space. The fire alarm system will also have to be adapted and brought up to date. In addition, the installation of cooling and ventilation systems is planned, together with a complete renewal of the electrical installations according to current standards. The bar area, together with the wall cladding and built-in cupboards, is intended to help create the desired atmosphere in the hall. Costs of around 155,000 euros have also been budgeted for sound, lighting, control technology, a mixing desk and a music system with loudspeakers. Overall, the investment is considered highly worthwhile because it will create an additional hall for associations that can be used in a wide variety of ways, and the municipality's cultural service will also benefit from it. Mayor De Smet states that numerous activities will take place in this hall and that many people will be able to enjoy spending time there. Work is due to begin in April, with completion planned by the end of the year.

Councillor Philippe welcomes this project in her capacity as Chair of the municipality's two culture committees. As an active musician, she has spent a lot of time in this hall and knows the potential that it offers. It is great that they will now have another hall of this intermediate size. The ArcA is often too large, while the premises at Schauwenburg are too small. The hall needs to be modernised and brought up to current technical standards. She is pleased that no expense or effort is being spared to ensure a proper sound system. It will certainly be welcomed for a variety of projects.

Mayor De Smet replies that various ideas had been considered for how this space might be used, including as a storage space. However, it would be a shame to use it for that purpose.

Councillor Weirich welcomes this project. He notes that "Bartrenger Musek" had already been ready to give up this hall years ago. This has now made it possible to create a hall at Centre Atert that can be used in a variety of ways. However, he would like to know exactly where the planned emergency exit is to be located and suggests that this hall should also be made available to associations holding events in the main hall if they need a space for their preparations or for additional materials. At the same time, he suggests redesigning the ramp at the side entrance, as accidents have occurred there in the past, fortunately without serious consequences.

Mayor De Smet replies that the emergency exit will be installed where the windows are currently located. It will be created with the necessary route

marking, and the ramp will also be redesigned, possibly without cobblestones. The hall can, of course, also continue to be requested by associations.

Councillor Philippe adds that "Bartrenger Musek" can use the room behind the stage and would therefore not need to rely on this hall as well.

Councillor Schuster agrees with the previous speakers and welcomes the initiative.

This item is unanimously adopted.

B. Cost estimate for the redesign of Rue Rilspert: Approval

Mayor De Smet explains that, following Rue de Dippach and Rue de la Pétrusse, Rue Rilspert will now also be renewed, as announced during the budget debate. The work concerns both the combined sewer and the road surface, as the road is likewise showing signs of age and needs to be renewed. In addition, the rainwater drainage system will be modernised and the connections to the drinking water network will also be renewed. The cost estimate stands at 1,370,000 euros. The residents concerned will receive an invitation to come to the town hall and find out more about the project. They will also have an opportunity to put forward their questions and comments there. At the same time, they will be informed of the detailed timetable, particularly when the relevant teams will be available to start the work.

This item is unanimously adopted.

07. Finances

A. Cost statements for extraordinary work: Approval

Alderman Lang states that this item concerns work already completed under the extraordinary budget. The first cost statement relates to the concept for the municipality's playgrounds, including both the existing playgrounds and new playgrounds, and amounts to 104,581.67 euros. The second cost statement relates to the infrastructure work for the Rilspert housing development and amounts to 519,811.60 euros. The third concerns work at the youth centre to make it PRM-friendly and to remedy the water damage that had occurred. For this, a subsidy of 113,057.48 euros is being received from the responsible ministry. The total costs amount to 228,617.93 euros. The fourth cost statement relates to the flood protection measure on the Aalbaach. The costs amount to 62,899.66 euros. The final cost statement relates to the transformer substation "Bei der Gemeng", as the existing one had not been sufficient, and amounts to 349,595.67 euros.

Councillor Schares asks whether the full playground analysis could be made available.

Mayor De Smet notes that this will be provided at a later date.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

08. Town planning

A. "Rue de la Pétrusse" Special Development Plan: Approval

Alderman De Smet states that this item concerns the "Rue de la Pétrusse" Special Development Plan. This PAP has a long history, particularly owing to the issue of flooding. On 7 October 2022, the vote was postponed because documents were missing, particularly a hydrological study. Once the requested report had been submitted, it clearly showed that the PAP in the form



originally envisaged would have worsened the situation, both for future residents and for the surrounding local residents. On 24 May 2024, the Municipal Council rejected the PAP for precisely those reasons. It had already been indicated at that time that alternative construction methods would be explored, particularly solutions such as building on stilts. In January 2025, a meeting took place on the Ministry of Home Affairs' platform, attended by representatives of the Water Management Authority, the Environment Agency, the architect and the municipality, to discuss the proposed changes. On 17 September 2025, the new stilt-based design was presented as part of a presentation to the Municipal Council working group. The site covers 27.02 ares and is located in a HAB-1 zone overlaid by a "Zone Nouveau Quartier", and partly in an urban planning easement relating to a watercourse. Six plots are planned for residential purposes: one detached single-family home, two semi-detached houses and three units in a small apartment building, with all buildings to be constructed on stilts. The Building Committee also approved the project. The College of Aldermen subsequently initiated the procedure for the PAP in accordance with the legal provisions. The project was available for inspection at the town hall from 15 November 2025 to 15 December 2025, with the possibility of also putting forward comments or objections during this period. The "cellule d'évaluation" of the responsible ministry also gave the green light, confirmed compliance and – like the Water Management Authority – made no further comments apart from purely textual remarks. Two objections were also received, partly concerning the same point, namely the less-than-ideal access to the fields behind the site. This concern was addressed by relocating the waste container area for the small apartment building, so that a tractor could also use the access. Another point concerned a possible extension of the settlement area towards the fields. However, this area is not currently designated as a building zone, and the current College of Aldermen is also not willing to open it up in that direction. In addition, various restrictions are planned, particularly with regard to the choice of materials, with attention to be paid to the use of permeable materials. Garden sheds and closed enclosures will not be permitted either. The key point, however, is that no further deterioration in the situation for neighbouring residents is expected as a result of these adjustments, since the water will be able to circulate freely beneath the individual buildings in future.

Councillor Schares states that this is a special project and that one must trust the many studies showing that the living situation will not deteriorate for anyone here. She also welcomes the fact that the objections have been considered.

Mayor De Smet agrees with Councillor Schares that the studies must be trusted. The situation has been taken into account. The objection concerning the extension is not admissible in this context, as it does not concern the PAP itself.

Councillor Weirich adds that this building project has caused many people – the neighbours, the municipal administration and the Municipal Council alike – concern and worry because of the possible flooding at this location. An effort has been made to listen to everyone, take the concerns seriously, commission additional studies and look for practical solutions. The owners are also prepared to adapt their construction project to the circumstances. In that respect, everything has been done to rule out unpleasant surprises, and it can therefore be described without hesitation as a participatory approach.

Mayor De Smet replies that this is done for all projects and that the municipality always listens to the concerns of local residents. It is easier to clear up misunderstandings together.

Councillor Schuster agrees with the previous speakers. With projects of this kind, it is important to listen to citizens and enable open communication. The additional studies that were subsequently requested were not asked for without good reason either.

This item is unanimously adopted.

B. Limited amendment to the "Site CDV, Route de Longwy" PAG: Initiation of the procedure

Mayor De Smet states that this limited amendment to the PAG concerns the site of the "Centre pour le développement des compétences relatives à la vue". The State institution intends to carry out a range of work on its site. Among other things, this includes measures to adapt the site to current fire protection regulations, particularly by creating turning areas for the fire brigade, as well as the construction of buildings that are barrier-free and accessible to persons with reduced mobility. In addition, extension work is planned, including an ecological car park, a so-called traffic garden for people with visual impairments, and additional administrative premises. All of these measures are considered sensible and necessary in order to provide the best possible support for the persons concerned. It is pointed out that the previous College of Aldermen had already shown a corresponding commitment and that there is no desire to create obstacles for the state authorities. At present, the area concerned lies partly within the building perimeter in a "Zone mixte urbaine" and partly outside it in an agricultural zone. It is proposed that the area required for the conversion and extension be designated as a BEP-1 zone, and that the areas needed for the car park and traffic garden be classified as a special BEP-CDV zone.

Mayor De Smet explains that specific requirements are laid down for this BEP-CDV zone, including lightweight structures, lighting systems with motion sensors due to the presence of bats, and downward-directed lighting. In addition, easements should be designated in order to ensure particular protection for ecologically sensitive areas and restrict their use. At the same time, the boundary of the "Quartiers existants" PAP will also need to be adjusted. An exemption from the second strategic environmental assessment (SUP) was applied for and deemed unnecessary by the Ministry of the Environment, albeit subject to certain conditions, notably the registration of various easements relating to landscaping and water protection. These include an easement for landscape integration requiring the preservation of natural elements and the planting of trees, shrubs and fruit trees on 80% of the area concerned, as well as an easement linked to watercourses. During the first phase of the strategic environmental assessment (SUP), further protected biotopes and habitats were also identified, which must be preserved and taken into account accordingly in the PAG. He concludes by pointing out that an information meeting will be held at the town hall on 10 March 2026 at 6:30 p.m.

This item is unanimously adopted.

09. Nature

A. Presentation of the annual Climate Pact review

Mayor De Smet explains that this item concerns the presentation of the Climate Pact annual assessment. Under the Climate Pact, there are a total of 63 measures spread across six different areas. The maximum score that can be achieved is 498 points. This is a voluntary commitment between the municipality, the state and the "Klima-Agence". However, by entering into this commitment, the municipality also assumed a number of obligations which it is required to fulfil, including the establishment of a climate team, the designation of an alderman responsible for climate matters, the maintenance



of energy records and various other measures. As regards progress, it is explained that the municipality stood at 51.3% in 2022 and ultimately reached 59%. A further review was carried out last year, and the municipality currently stands at 61.2%. This means that 3.8% is still needed for the next certification, although they are confident that this target can still be achieved during the course of this year. Clear progress has been made in all six categories, underlining the commitment in the area of climate protection. Various indicators based on figures from 2024 show whether they are on the right track. In terms of heating energy consumption, they are currently on course to meet the target values by 2030. In the area of renewable heat, a major step forward has been achieved through connection to the combined heat and power plant, meaning that from 2025 the figure will be around 75%, thereby already exceeding the 2030 target of 30%. No reliable statement can currently be made regarding electricity consumption, as errors have been identified in the data, which are currently being reviewed with the electricity supplier; however, these are not necessarily attributable to the municipality. The electric vehicle fleet also appears at first sight to be below the targets set, but this is understandable because vehicles with combustion engines are still in use and in good condition. Mayor De Smet emphasises that the intention is to continue using them for the time being and only replace them with electric alternatives when necessary, in order to be more resource-efficient, even if this results in less favourable figures in the short term. As regards photovoltaic capacity, they are slightly below the potential, but numerous applications are currently being processed, so it is assumed that the set target can be reached without difficulty. As for water consumption, it is pointed out that this is influenced by car washes and private swimming pools, among other things.

Mayor De Smet highlights the considerable amount of work carried out by the climate team as a whole, noting in particular that the climate advisers and the municipal staff – namely Christian Cloos and now also Véronique Linden – have made a major contribution to the current status. For 2026, the municipality is currently at 58.2%, but it is becoming apparent that around 65% will be reached, a target that had originally only been envisaged for 2030. However, the action plan also shows that much remains to be done and there is no shortage of ideas for continuing the work and achieving the set targets. He also wishes to stress that the municipality has been committed to climate protection for a long time already, not primarily to collect points under the Climate Pact, but out of conviction, even if the associated investments are sometimes considerable.

Councillor Rauchs is pleased with the detailed presentation. He welcomes the fact that the College of Aldermen attaches the necessary importance to the committee and the Climate Pact and remains committed to them going forward. The committee consists of dedicated and motivated citizens as well as external experts. Many good ideas are being put forward. The municipality has always been somewhat cautious in setting its targets. For a long time, it had relied on the points gained from the Shared Space and Sicona. Points are by no means everything, but they nevertheless reflect the effort made. Inspiration can also be drawn from other municipalities. The committee should be given a political signal so that the target of 65% can perhaps be reached even before 2030.

Mayor De Smet replies that this relates to Climate Pact 2.0. This was preceded by Climate Pact 1.0, under which Bertrange had already achieved a good score. That has made it harder to progress more quickly under Climate Pact 2.0.

Councillor Colabianchi adds that the Shared Space certainly brought in many points. However, the municipality had not been able to rely on this project again, as a new flagship project always has to be chosen. The committee did

not take the task of identifying a new flagship project lightly. The College of Aldermen's tactic of continuing to work slowly but consistently is the right approach. It is also clear that, over time and in view of new rules, it is becoming increasingly difficult to obtain the points required to move into a higher evaluation category.

Councillor Smit-Thijs adds that one is sometimes a victim of one's own success. In various projects, the municipality had already taken action in advance, such as by switching to LED lighting before this even became part of the Climate Pact. To meet the Climate Pact criteria at a later stage, everything would have had to be replaced, which would have been hard to justify from either a climate or a cost perspective.

Councillor Schuster states that she is a member of the committee in question. Many ideas are put forward and also elaborated on. However, the financial aspect must not be overlooked either. She wishes to return once more to the Shared Space. The Shared Space was the flagship project for many years, and others will follow.

Councillor Weirich notes that he would like to express his sincere appreciation to the administration for the presentation.

Alderman Miller replies to Councillor Schuster that every investment in the future is a good investment.

Councillor Schares asks whether the documents could also be made available outside the platform in order to remain accessible for longer.

This item is unanimously adopted.

10. Advisory Committees

A. 50+ Advisory Committee: Replacement of a member

Mayor De Smet states that Filomena Nunes Duarte Dos Santos was unanimously elected as a member of the 50+ Committee. She replaces Francine Moro-Oliveira Costa.

11. Traffic

A. Confirmation of emergency traffic regulations: Approval

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Cité Pourpelt that will be applicable from 17 to 27 February 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Cité Millewee that will be applicable from 13 February to 17 April 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue Atert that will be applicable from 13 February to 13 March 2026.

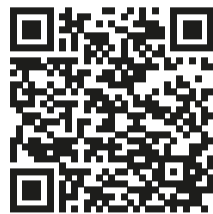
Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue Charles Schwall that will be applicable from 16 February to 6 March 2026.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue de Dippach that will be applicable from 9 February to 30 April 2026.

End of the meeting: 10:00 a.m.



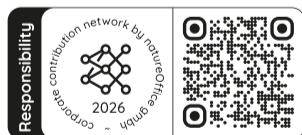
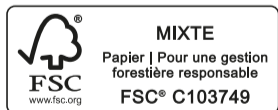




Commune de **BERTRANGE**

2, beim Schlass · L-8058 Bertrange
Tél.: 26 312 - 1 · info@bertrange.lu

www.bertrange.lu



natureOffice.gmbh/LU-319-PGUG77Y



Imprimé par Imprimerie Centrale